



Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement

Agentur Nord



RE^{up}

Das Magazin der REAB Nord **1** | **2025**



**GEMEINSAM GESTALTEN:
VON DER STEUERUNG ZUR CO-KREATION**

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend



Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement

DKJS
Deutsche Kinder-
und Jugendstiftung

INHALT

03 Editorial

Bildung gemeinsam gestalten – Warum Partizipation den Unterschied macht

05 Bildungskonferenz Jugend

Wie Kiel junge Menschen in kommunale Gestaltungsprozesse einbezieht

10 Meinungsdiskurs als Fundament der Beteiligung

Was Kommunen von jungen Menschen lernen können

14 Aller.Land: Kulturelle Bildung als Motor für Begegnung und Beteiligung im ländlichen Raum

Ein Praxisbeispiel aus der Region Nordstornarn im Kreis Stormarn (Schleswig-Holstein)

18 Bürgerbeteiligung in MV – Hinter dem Trend?

Erkenntnisse aus der Beteiligungspraxis

22 „Alle Menschen sollen sich beteiligen können“

Partizipativer Leitbildprozess im Landkreis Ludwigslust-Parchim

25 „Nicht ohne uns über uns“: Ein Modellprojekt wird zum Erfolgskonzept

Ein Interview mit Gesa Kobs, Geschäftsführerin des Instituts für Inklusive Bildung (IIB) der CAU, und Marco Reschat, Bildungsfachkraft am IIB.

29 Zivilgesellschaft als Bildungsakteur in kommunalen Bildungslandschaften

Rolle und Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure im Bildungsbereich.

32 Fachnetzwerk für kommunales Bildungsmanagement

34 Literaturtipps

35 Impressum und Bildnachweis

EDITORIAL

Bildung gemeinsam gestalten – Warum Partizipation den Unterschied macht



Liebe Leserinnen und Leser,

wenn wir über datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement sprechen, denken viele zunächst an Zahlen, Statistiken und Verwaltungsprozesse. Doch die wahre Stärke eines modernen Bildungsmanagements liegt woanders: in der aktiven Einbindung all jener, die Bildung leben, gestalten und erfahren – von Kindern und Jugendlichen bis hin zu den Senior:innen, über Orte formaler und non-formaler Bildung, über vielfältige Akteure, wie die freiwillige Feuerwehr, Migrant:innenselbstorganisationen, die Vereinslandschaft bis hin zu Initiativen der Zivilgesellschaft ...

Diese erste Ausgabe von REup im Jahr 2025 widmet sich der Verbindung von datenbasierter Steuerung und lebendiger Partizipation. Denn eines haben wir in den vergangenen Jahren gelernt: Die besten Daten nützen wenig, wenn sie nicht mit den Perspektiven und dem Engagement der Menschen vor Ort verknüpft werden.

Daten allein machen noch keine gute Bildungspolitik

Bildungsdaten sind unverzichtbar. Sie zeigen uns Übergangsquoten, Abschlussstatistiken, Disparitäten zwischen verschiedenen Sozialräumen. Aber sie erzählen nur einen Teil der Geschichte.

Was die Zahlen nicht zeigen, sind Fragen wie: Warum brechen Jugendliche ihre Ausbildung ab? Welche unsichtbaren Barrieren hindern Menschen mit Behinderungen am Zugang zu Bildung? Wieso werden Beteiligungsangebote von Kindern oder Jugendlichen nicht angenommen? Solche Fragen können nur diejenigen beantworten, die es betrifft. Und genau hier beginnt echte Partizipation.

Der Paradigmenwechsel: Von der Steuerung zur Co-Kreation

Was wir in Norddeutschland beobachten, ist ein weiterer Entwicklungsschritt im Selbstverständnis von Kommunen. Sie haben schon vor langer Zeit den Willen gezeigt und bewiesen, dass sie sich verantwortlich fühlen für eine attraktive

Bildungslandschaft und diese gestalten, koordinieren und steuern können, z. B. über ein kommunales Bildungsmanagement. Kommunen begreifen sich dabei nun zunehmend nicht mehr als alleinige Steuerungsinstanz, sondern als Moderatorinnen und Ermöglicherinnen von Bildungsprozessen. Die Herausforderungen unserer Zeit – von der Digitalisierung über den Fachkräftemangel bis zur Integration – lassen sich nicht mehr top-down oder gar allein lösen.

Die Beispiele in diesem Heft zeigen eindrucksvoll, wie dieser Paradigmenwechsel in der Praxis aussehen kann: In Kiel diskutieren Jugendliche selbst über Inklusion und setzen die Agenda für die kommunale Bildungsplanung. In Mecklenburg-Vorpommern erobert ein mobiles Wohnzimmer die Straßen, und Bratwurstgrillen wird zur Bürger:innenbeteiligung. Der Landkreis Ludwigslust-Parchim zeigt, wie aus trockenen Strategieprozessen ein lebendiger Diskurs werden kann.

Neue Akteure, neue Perspektiven

Besonders spannend wird es, wenn neue Akteure ins Zentrum rücken. Das Institut für Inklusive Bildung revolutioniert die Hochschullehre: Menschen mit Behinderungen lehren als „Expert:innen in eigener Sache“ und erreichen jährlich bis zu 4.000 Studierende. Ihr Leitsatz „Nicht ohne uns über uns“ zeigt, wie echter Systemwandel gelingt.

Das VoiceUp!-Jugendnetzwerk liefert brisante Erkenntnisse. Menschen zwischen 14 und 26 Jahren berichten von einer Gesellschaft, in der sie ihre Meinung nur gefiltert äußern können – aus Angst vor sozialer Ausgrenzung. Ein Weckruf für alle, die es mit Jugendbeteiligung ernst meinen.

Und die Zivilgesellschaftsforschung deckt auf: 61 Prozent der freiwillig Engagierten in Deutschland sind Bildungseingeweihte – 19 Millionen Menschen. Doch fast die Hälfte sieht sich selbst gar nicht als Bildungsakteur:innen. Eine unterschätzte Ressource mit enormem Potenzial.

Was bedeutet das für unser Bildungsmanagement?

Der Wandel passiert nicht von selbst. Er braucht:

Mut zur Öffnung: Wer Beteiligung ernst meint, muss bereit sein, Kontrolle abzugeben, muss offen dafür sein, mit Einfallsreichtum und neu gedachten Lösungsansätzen umzugehen und auch Mut beweisen, denn das Ergebnis ist vorher nicht absehbar. Der Kontrollverlust ist gleichzeitig ein Gewinn an Kreativität, Akzeptanz und Wirksamkeit.

Neue Kompetenzen: Bildungsmanager:innen werden zu Moderator:innen, Netzwerker:innen, Ermöglicher:innen und nicht zuletzt auch zu Fachexpert:innen bezogen auf diverse Bildungsthemen und das datenbasierte Arbeiten.

Das erfordert andere Fähigkeiten als die klassische Verwaltungsarbeit.

Strukturelle Verankerung: Partizipation muss in Gremien, Prozessen und Budgets – vor allem aber in Herzen, Köpfen und der eigenen Haltung – verankert werden, und das nicht nur als zeitlich begrenztes Projekt.

Einen breiten Bildungsbegriff und ein Leitbild: Bildung findet überall und jederzeit und über die gesamte Lebensspanne hinweg statt. Bildung meint alle Prozesse des Erwerbs von Wissen, Fähigkeiten, Kompetenzen, Werten und Einstellungen. Formale, non-formale und informelle Bildungsorte zugänglich zu machen und aufeinander zu beziehen, ist Aufgabe des kommunalen Bildungsmanagements. Ein Leitbild für Bildung sollte gemeinschaftlich entwickelt werden und grundsätzlich handlungsleitend sein.

Ein Aufruf zum Handeln

„Wir müssen ein Gemeinschaftsgefühl erzeugen, um die Demokratie wieder neu zu beleben“, formuliert es ein junger Mensch in der VoiceUp!-Studie. Dieser Satz könnte das Motto für unser kommunales Bildungsmanagement sein.

Die Zukunft liegt nicht in noch mehr Daten oder besseren Steuerungsinstrumenten. Sie liegt in der Kunst, Räume zu öffnen, Menschen zu verbinden und gemeinsam Bildung zu gestalten. Räume, in denen auch kontroverse Mei-

nungen Platz haben. Räume, in denen junge Menschen nicht nur mitreden, sondern mitentscheiden können.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine erkenntnisreiche Lektüre und den Mut, neue Wege zu gehen. Denn die Herausforderungen unserer Zeit lösen wir nur gemeinsam.

Maja Hornberger
Leiterin REAB Nord

PS: Teilen Sie Ihre eigenen Erfahrungen mit partizipativen Ansätzen gerne mit uns. Denn auch wir lernen am besten voneinander.

DEMOKRATIE LERNEN DURCH PARTIZIPATION

Wie Kiel junge Menschen in kommunale Gestaltungsprozesse einbezieht

Ein Gespräch mit Franziska Berger und Lars Matzen von der Landeshauptstadt Kiel über ein besonderes Format zur Jugendbeteiligung.

Seit 2022 lädt die Landeshauptstadt Kiel Schulklassen ab der neunten Jahrgangsstufe zu einer besonderen Form der Jugendbeteiligung ein: der **Bildungskonferenz Jugend**. Anders als klassische Beteiligungsformate geht es hier nicht um die Planung konkreter Projekte, sondern um **Demokratiebildung auf kommunaler Ebene**. Über Themen wie „Lernen in der Zukunft“ (2022), „Nachhaltigkeit“ (2023) und „Inklusion“ (2024) erfahren die Jugendlichen, wer in ihrer Stadt wofür zuständig ist und wie demokratische Entscheidungsprozesse funktionieren. Das Format zeigt exemplarisch, wie **Kommunen junge Menschen nicht nur anhören, sondern aktiv in die Meinungsbildung einbeziehen können**.

Die dritte Bildungskonferenz zum Thema „Inklusion – Alle können mitmachen!“ fand am 9. Dezember 2024 statt. Dafür

kamen etwa 65 Schüler:innen des neunten Jahrgangs und der Oberstufe aus zwei Schulen zusammen, um über ein inklusives Miteinander zu diskutieren: dem Thor-Heyerdahl-Gymnasium und der Lilli-Nielsen-Schule, einem Förderzentrum, das sich auf die Förderschwerpunkte körperliche und motorische sowie geistige Entwicklung spezialisiert hat. Kiels Bürgermeisterin Renate Treutel und die Vorsitzende des Jungen Rats Meltem Söbütay beantworteten vorab eingereichte Fragen wie: „Werden Menschen mit Sehbehinderung bei der Planung inklusiver Wegeführung als Expert:innen gehört?“ Marco Reschat, Bildungsfachkraft vom Institut für Inklusive Bildung an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, gab Einblicke in seinen Alltag. In einem World Café sammelten die Jugendlichen Ideen zu den Fragen „Wo können alle mitmachen und wo nicht?“ sowie „Was können

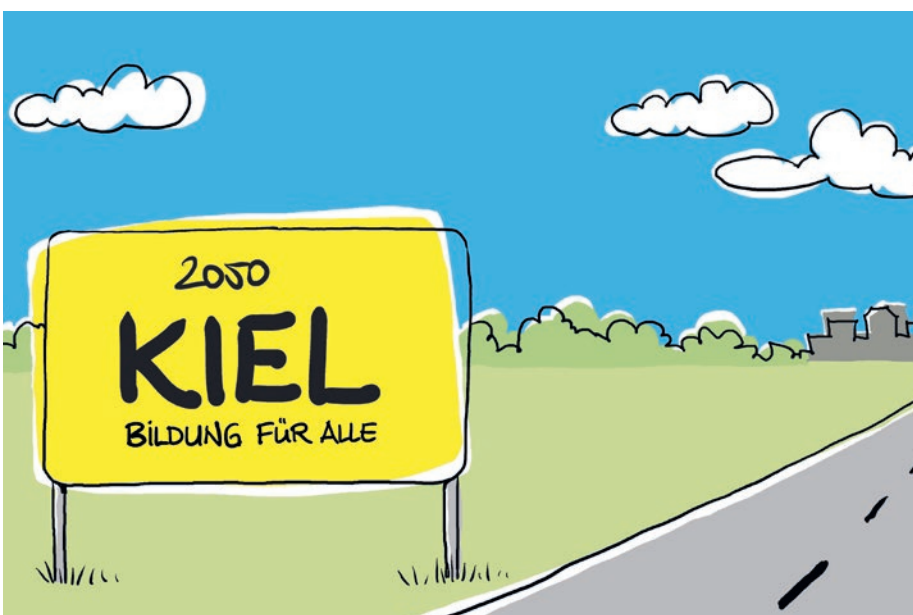
wir tun, damit alle Menschen teilhaben können?“ Die abschließende Diskussion mit Martina Starke vom Beirat für Menschen mit Behinderungen zeigte: Die Schüler:innen fordern neben rollstuhlgerechten Umgebungen vor allem mehr Aufklärung und Sensibilisierung.

Franziska Berger, Leitung des Referats Bildungsmanagement der Landeshauptstadt Kiel, und Lars Matzen, Referent der Bürgermeisterin Renate Treutel, erläutern im Gespräch, wie aus einer Idee zum Tag der Bildung ein innovatives Partizipationsformat entstanden ist – und welche Herausforderungen dabei zu bewältigen waren.

REAB Nord: Bitte schildern Sie, wie die Idee zur Bildungskonferenz Jugend entstanden ist und welche Ziele Sie damit ursprünglich verfolgt haben.

Franziska Berger: Die Anfänge gehen zurück auf den Auftrag, eine Veranstaltung zum Tag der Bildung am 8. Dezember zu entwickeln. Bei meinen Recherchen stieß ich auf die Initiative mehrerer Organisationen, die diesen Tag ins Leben gerufen und selbst eine Konferenz mit Jugendlichen durchgeführt hatten. Das Ziel war, mit Jugendlichen über Herausforderungen im Bildungssystem zu sprechen und ihre Meinungen zu hören. Dieses Format fand ich inspirierend und habe es unserer Bürgermeisterin Renate Treutel vorgeschlagen.

Lars Matzen: Wir wollten Jugendlichen ab der neunten Klasse über ein Thema, das sie bewegt, ein grundlegendes





Demokratieverständnis vermitteln – ganz konkret heruntergebrochen auf die kommunale Ebene.

Beispielsweise beim Thema Nachhaltigkeit ging es darum, dass Jugendliche verstehen: Wir haben in Kiel einen Oberbürgermeister und eine Bürgermeisterin als seine Vertretung. Es gibt verschiedene Dezernate mit unterschiedlichen Aufgaben. Was kann die Stadt als Kommune und Schulträger überhaupt entscheiden, und was nicht? Und entscheidet die Bürgermeisterin allein oder braucht sie eine Ratsversammlung? Also nutzen wir das Thema, um ein Verständnis für demokratische Prozesse zu entwickeln – konzentriert auf drei intensive Stunden.

REAB Nord: Wie unterscheidet sich die Bildungskonferenz Jugend von anderen städtischen Beteiligungsformaten für junge Menschen?

Franziska Berger: In Kiel haben wir grundsätzlich eine durch den Rat beschlossene Leitlinie für Kinder- und Jugendbeteiligung, die in einem umfassenden Beteiligungsprozess entwickelt wurde. Die Bildungskonferenz Jugend ist kein Format für die Beteiligung an einem konkreten Planungsprojekt. Wir bieten die Möglichkeit, auf übergeordneter Ebene zu kommunal relevanten Themen wie „Lernen in der Zukunft“ oder „Inklusion“ in den Austausch zu

kommen. Die Jugendlichen planen keinen Spielplatz oder Schulhof, sondern bekommen einen Überblick darüber, wie Gestaltungsprozesse ablaufen, wer wofür verantwortlich ist und können gleichzeitig ihre eigenen Ideen einbringen.

„Wenn wir uns mit dem Thema Inklusion beschäftigen, sollten wir auch den Anspruch haben, eine inklusive Veranstaltung durchzuführen. Aber eigentlich sollten wir das bei allen Themen tun.“

Lars Matzen

Lars Matzen: In unseren Jugendtreffs in den Stadtteilen werden die Beteiligungsmaßnahmen sehr konkret. Dort arbeiten die Jugendlichen zum Teil schon über Jahre zusammen. Bei der Bildungskonferenz Jugend kommen die Teilnehmenden dagegen mit ihren Klassenleitungen im Klassenverbund ins Rathaus, treffen auf drei bis fünf andere Schulklassen aus der Kieler Schullandschaft, die sich vorher noch nie gesehen haben. Wir versuchen, die Arbeitsgruppen zu durchmischen, aber es ist sehr konzentriert auf diesen einen Moment.

Bei der Konferenz zum Thema Nachhaltigkeit war uns wichtig, dass die Jugendlichen konkrete Maßnahmen für

ihren Alltag und ihre Lebenswelt entwickeln konnten. Wir haben gleichzeitig klar kommuniziert, dass wir nicht erwarten, dass sie Konzepte entwickeln, die dann der Kieler Selbstverwaltung vorgeschlagen werden. Die Bildungskonferenz Jugend kann auch ein Türöffner für weitere Formate sein, wie beispielsweise den Jungen Rat, bei dem Jugendliche kandidieren, gewählt werden und dann über die Wahlperiode ein Amt innehaben. Die Bildungskonferenz ist etwas, wo man sich erstmal ausprobieren kann.

Franziska Berger: Wir haben bewusst ganze Schulklassen eingeladen – und nicht Delegierte einzelner Schulen –, um möglichst die gesamte Bandbreite abzubilden. Bei Delegierten handelt es sich oft um dieselben Kinder, etwa die Klassensprecher:innen. An unseren Veranstaltungen nehmen dagegen auch Schüler:innen teil, die sich sonst nicht angesprochen fühlen oder engagieren.

REAB Nord: Welche Erkenntnisse haben Sie aus den ersten beiden Konferenzen gewonnen, die dann die dritte Konferenz beeinflusst haben?

Franziska Berger: Eine wichtige Erkenntnis war, dass wir bei der ersten Konferenz die Ratsfraktionen eingeladen und ihnen die Möglichkeit gegeben haben, an der Podiumsdiskussion teilzunehmen. Dabei haben wir gemerkt, dass

es zielführender ist, die Politiker:innen als Gäste einzuladen, damit sie die Möglichkeit haben, als Zuhörende und Beobachtende die Punkte der Schüler:innen für ihre weitere Arbeit mitzunehmen. Darüber hinaus ist das Besondere an dem Format, dass wir gemeinsam mit der Moderation das Veranstaltungskonzept beteiligungsorientiert entwickelt haben, unter Einbezug von Repräsentant:innen der Zielgruppe.

Lars Matzen: Eine weitere Veränderung war, dass wir seit dem zweiten Mal mehr externe Fachleute hinzuziehen. Für das Thema Nachhaltigkeit haben wir Expert:innen aus der Stadt und den Jungen Rat involviert sowie die neu gegründete Kreisschüler:innenvertretung in die Planung einbezogen. Diese Perspektivenvielfalt und das Know-how haben der Konferenz gutgetan. Am Ende der Veranstaltung hat man auch gemerkt, dass ein ganzes Team dahinterstand, das mit den Ergebnissen mitgefiebert hat. Die Expert:innen für Inklusion oder Nachhaltigkeit haben sich gefreut, mit Jugendlichen im Austausch zu sein. Wir haben viele Austauschrunden bei der Stadt zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, aber oft reden wir auch nur über die Zielgruppe mit Expert:innen oder Eltern. Es braucht beides – nicht entweder oder.

REAB Nord: Warum haben Sie als Thema für die dritte Konferenz Inklusion ausgewählt?

Lars Matzen: Im Jahr 2022 gab es neben der Bildungskonferenz Jugend auch eine Schultour, bei der Renate Treutel zum Thema Demokratiebildung in verschiedenen Schulklassen in Kiel unterwegs war. Für 2023 haben wir beschlossen, ein Jahresthema zu setzen, das sich auch als Schwerpunkt für die Bildungskonferenz Jugend eignet – das war Nachhaltigkeit. Für 2024 haben wir dann überlegt, welches Thema wir für die Tour wählen, die inzwischen nicht nur Schulklassen, sondern auch Jugendtreffs, Kitas und eine Wohngruppe umfasst. Wir entschieden uns für das Thema Inklusion, denn es ist aktuell und wichtig, eine Gesellschaft zu entwickeln, die inklusiv denkt und lebt. Im Planungsprozess und in der Konfe-



Graphic Recording der Bildungskonferenz Jugend zum Thema „Inklusion“.

renz wurde deutlich, dass es nicht nur um Menschen im Rollstuhl geht, sondern um viel mehr Aspekte.

Franziska Berger: Darüber hinaus sind wir als Kommune sehr damit beschäftigt, das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz umzusetzen und zu schauen, wie wir insgesamt inklusive Angebote gestalten können.

REAB Nord: Wie wurde das Thema Inklusion bei der Konzeption und Gestaltung der Konferenz selbst berücksichtigt?

Franziska Berger: Nachdem wir das Thema gesetzt und eingeladen hatten, meldeten sich eine Klasse des Thor-Heyerdahl-Gymnasiums sowie drei Klassen der Lilli-Nielsen-Schule, eines Förderzentrums, an. Wir haben bei den Schüler:innen dann gezielt abgefragt, welche Voraussetzungen sie vor Ort brauchen, und haben sehr stark darauf geachtet, die Konferenz so zu gestalten, dass auch Rollstuhlfahrer:innen, Menschen mit Sehbeeinträchtigung und autistischen Schüler:innen die Teilnahme nicht nur grundsätzlich zu möglich ist, sondern sie sich in dem Umfeld wohlfühlen –

eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Dabei waren die Rückmeldungen aus den Schulen sehr hilfreich, wie der Wunsch nach einem Ruheraum und einem barrierefreien WC, das ausreichend Platz für begleitende Pflegekräfte bietet. Außerdem wurde der Bedarf an ausreichend Tischen für Rollstuhlfahrer:innen geäußert. Wir haben auch die Hinweise, mehr Piktogramme in unserer Präsentation zu verwenden, oder das Logo der Bildungskonferenz vielfältiger zu gestalten, aufgenommen.

Lars Matzen: Eine Kollegin aus der Stadtverwaltung, die zum Thema Inklusion arbeitet, hat uns bereits im Vorfeld auf diese Aspekte aufmerksam gemacht und uns eine Checkliste zur Verfügung gestellt. Durch die Planung und Umsetzung der Bildungskonferenz haben wir gelernt: Wenn wir uns mit dem Thema Inklusion beschäftigen, sollten wir auch den Anspruch haben, eine inklusive Veranstaltung durchzuführen. Aber eigentlich sollten wir das bei allen Themen tun: Wie können Hürden zur Teilhabe an Bildung abgebaut werden? Es war wie ein Augenöffner.

REAB Nord: Welche konkreten Vorschläge oder Ideen haben die Teilnehmenden im Hinblick auf ein inklusiveres Kiel eingebracht?

Franziska Berger: Wir haben die Jugendlichen gefragt: „Wo erlebst du, dass wirklich alle ganz natürlich mitmachen können und wo nicht?“ sowie „Was können wir tun, damit alle Menschen ganz natürlich mitmachen können – in der Klasse, in der Schule, in Kiel und in der Welt? Was braucht es dafür?“

Die Rückmeldungen zeigten eine hohe Übereinstimmung in Hinblick auf örtliche Gegebenheiten sowie im Bereich Sport und Mobilität, wo viele mitmachen können. Im öffentlichen Raum wurden das Theater, die jährlich stattfindende Kieler Woche und der Weihnachtsmarkt als positive Beispiele genannt, bei sportbezogenen Aktivitäten Sportvereine und Fitnessstudios.

Bei der Frage, wo nicht alle mitmachen können, wurden ebenfalls Orte, Mobilitätsaspekte, sportliche Aktivitäten und zusätzlich Berufe genannt. In Bezug auf öffentliche Räume hieß es beispielsweise, dass nicht alle Spielplätze barrierefrei und inklusiv gestaltet, nicht alle Einkaufsläden zugänglich sind und nicht jeder Strand nutzbar ist. Beim Thema Mobilität sprachen die Jugendlichen über fehlende Sprachansagen an Haltestellen und die Schulung des Personals im öffentlichen Nahverkehr. Auch der Sportunterricht an Schulen sei nicht immer inklusiv ausgerichtet.

Besonders hängengeblieben ist bei mir das Thema Inklusion am Übergang von der Schule in den Beruf. Die Jugendlichen haben es bedauert, dass nicht alle Praktikums-, Ausbildungs- und Arbeitsplätze frei zugänglich sind und es in vielen Bereichen für Menschen mit Beeinträchtigungen gar nicht möglich ist, Praktika zu machen. Ein Rollstuhlfahrer in meiner Arbeitsgruppe berichtete, dass er bei Mercedes ein Praktikum macht, es aber viel Mut brauchte, überhaupt anzufragen. Das Unternehmen hat allerdings gesagt: „Wir machen das möglich. Wir schaffen hier einen barrierefreien Praktikumsplatz für dich.“ Das

haben er und seine Klassenkameraden als sehr besonders erlebt.

Die Antworten auf die Frage, was wir alle tun können, um die Situation zu verbessern, kreisten um Barrierefreiheit, aber auch um gesellschaftliches Miteinander, Hilfsbereitschaft und Achtsamkeit. Es wurde diskutiert: „Traue ich mich, eine Person anzusprechen, wenn ich merke, dass sie Unterstützung braucht? Findet sie es gut, wenn ich frage?“ Auch Aufklärung und Sensibilisierung wurden in vielen Arbeitsgruppen als wichtig erachtet.

Lars Matzen: Die Gespräche zum Umgang mit Unsicherheiten zählen zu den „weichen“ Ergebnissen der Konferenz. Eine Bildungsfachkraft vom Institut für Inklusive Bildung zum Beispiel hat ganz konkret geschildert, was er empfindet, wenn ihn jemand fragt, ob er Hilfe benötigt, oder wenn seine Hilfsbedürftigkeit einfach vorausgesetzt wird: Dankbarkeit im ersten, Bevormundung im zweiten Fall. Solche Schlüsselerlebnisse werden hoffentlich von den Schüler:innen weitergeteilt.

REAB Nord: Wie haben Sie die Ergebnisse festgehalten und wie wird mit ihnen weitergearbeitet?

Franziska Berger: Wir haben die Ergebnisse aller Konferenzen dokumentiert, kategorisiert und inhaltlich aufbereitet. Sie sind auf der Webseite veröffentlicht und gehen in die Fachausschüsse – den Jugendhilfeausschuss und den Ausschuss für Schule und Sport – sowie die Ratsversammlung. Darüber hinaus werden sie an die Schulklassen geschickt, damit die Jugendlichen daran anknüpfen können. Was ich in der Arbeit unserer Bürgermeisterin und Bildungsdezernentin beobachte, ist, dass die Themen im Kopf bleiben und mitgedacht werden, wenn wieder Entscheidungen anstehen.

Beim Thema Inklusion am Übergang Schule-Beruf zum Beispiel haben wir die Ergebnisse in das entsprechende Arbeitsbündnis eingebracht und die verschiedenen Institutionen nach den Bedarfen gefragt. Die Schulaufsichten werden sich an ihren Schulen erkundigen; die

Arbeitsagentur und das Jobcenter haben angeboten, zu einem Arbeitstreffen mit uns zusammenzukommen, um auf die Bedarfe zu schauen.

“*„Ich finde es sehr gut, die Planung beteiligungsorientiert zu gestalten und Gremien, in denen Kinder und Jugendliche vertreten sind, sowie Expert:innen einzubeziehen. Das kann ich jedem empfehlen.“*“

Franziska Berger

Lars Matzen: Auch bei dem Thema Sprachansagen an Bushaltestellen gibt es eine Wechselwirkung zwischen der Konferenz und verwaltungsinternen Runden. Die Bürgermeisterin konnte den Jugendlichen berichten, dass geplant ist, Haltestellen mit Sprachprogrammen auszustatten – auch wenn solche Baumaßnahmen natürlich Zeit brauchen. Dabei ist es wichtig, den Beirat für Menschen mit Behinderungen bei solchen Vorhaben einzubeziehen, das wurde auf der Bildungskonferenz bekräftigt.

Franziska Berger: Mit der Vertreterin des Beirats für Menschen mit Behinderungen wurde zudem vereinbart, dass die Ergebnisse der Bildungskonferenz auf der nächsten Beiratssitzung vorgestellt werden, so dass auch diejenigen, die sich für die Interessen von Menschen mit Behinderungen einsetzen, erfahren, was die Schüler:innen bewegen möchten.

REAB Nord: Wie können die Jugendlichen die Erlebnisse und Ergebnisse der Bildungskonferenz für sich nutzen?

Franziska Berger: An den Abschlussrunden aller drei Konferenzen haben Expert:innen für das jeweilige Schwerpunktthema teilgenommen, die den Schüler:innen sagen konnten: „An diesen Themen sind wir schon dran, und so könnt ihr noch wirksam werden.“ Uns war wichtig, dass die Jugendlichen eigene Gestaltungsspielräume und -möglichkeiten für sich entdecken – unterstützt

durch die Präsenz des Jungen Rats und der Kreisschüler:innenvertretung.

Lars Matzen: Im Anschluss an die Nachhaltigkeitskonferenz haben wir verschiedenen Klassen, die Lust hatten, konkrete Vorhaben an ihrer Schule umzusetzen, eine Handreichung mit Ansprechpersonen zur Verfügung gestellt und darüber informiert, dass man bei der Stadt Anträge für Projekte wie Urban Gardening stellen kann. Wenn daraus eine AG entsteht, ist das ein toller Erfolg.

In erster Linie geht es um die Erfahrung von Selbstwirksamkeit als Grundpfeiler für ein Demokratieverständnis. Es ist zum Beispiel beeindruckend, wenn die Jugendlichen ihre Gedanken, Wünsche, Forderungen in der Abschlussrunde der Konferenz vorstellen. Da sitzen 60 bis 100 Schüler:innen, Vertreter:innen der Selbstverwaltung, der Ratsfraktionen, die Klassenleitungen – vorrangig Menschen, die sie zuvor noch nie gesehen haben. Wenn die Schüler:innen dann all ihren Mut zusammennehmen und die Ergebnisse ihrer Arbeitsgruppe im Plenum teilen – das sind wertvolle Erfahrungen, die sich einprägen.

REAB Nord: Wie beeinflusst die Beteiligung junger Menschen Ihre Arbeit im kommunalen Bildungsmanagement?

Franziska Berger: Ich habe aus allen Veranstaltungen inhaltlich viel für meine alltägliche Arbeit mitgenommen. Es ist für mich sehr bereichernd, mit dem Jungen Rat und der Kreisschüler:innenvertretung zusammenzuarbeiten, ihre Perspektiven zu hören und diese nicht zu vergessen. Ursprünglich komme ich aus der Arbeit mit Familien und Kindern, wo nie eine Entscheidung ohne Einbeziehung der Kinder getroffen wurde. Diese Erfahrungen sind ein Schatz, von dem ich zehre. Die Bildungskonferenz ist eine gute Möglichkeit, diese Haltung weiterhin zu leben. Es motiviert mich darauf hinzuwirken, dass in der Verwaltung stärker aus der Perspektive gedacht wird, wie sich Strukturen und Rahmenbedingungen im Interesse der Kinder und Jugendlichen nutzen lassen.

REAB Nord: Wie geht es mit der Bildungskonferenz Jugend in Kiel weiter? Und was würden Sie anderen Kommunen mit auf den Weg geben, die ein ähnliches Beteiligungsformat umsetzen möchten?

Lars Matzen: In der Vergangenheit war es nicht so leicht, Schulklassen für eine Teilnahme an einer Bildungskonferenz Jugend zu gewinnen. Wir haben über Verteiler, Arbeitsgruppen und direkte Ansprache bei Schulleitungen geworben, aber die Erreichbarkeit der Zielgruppe war eine Herausforderung. Bevor wir mit den ressourcenintensiven Vorbereitungen für eine Bildungskonferenz Jugend im Jahr 2025 starten, möchten wir daher erst einmal abfragen, wie viele Klassen grundsätzlich Interesse an einer weiteren Veranstaltung hätten. Das heißt, noch ist offen, welches Angebot wir den Jugendlichen zum Tag der Bildung im Dezember unterbreiten.

Mit Blick auf die Themensetzung sollte man berücksichtigen, wo die Kommune eine Möglichkeit zur Mitgestaltung hat und wo nicht – und dies auch frühzeitig gegenüber den Schüler:innen transparent machen. Es ist wichtig, den Jugendlichen zu zeigen, dass nicht alles von „der Stadt“ entschieden werden kann, sondern die Entscheidungsbefugnis zum Teil bei anderen Partner:innen liegt, z. B. wenn es um die Veränderung von Unterrichtsinhalten geht. Hier empfiehlt es sich, die zuständigen Akteure, in dem Fall Ansprechpersonen des Ministeriums, einzuladen und den jungen Menschen zu erläutern, wie sie Einfluss nehmen können, z. B. über die Kreis- oder Landesschüler:innenvertretung. Es geht also darum, die Belange der Schüler:innen ernst zu nehmen, ihnen Gehör zu schenken, Aufklärung zu leisten und Handlungsoptionen aufzeigen.

Franziska Berger: Die Bildungskonferenz Jugend ist ein tolles Angebot mit positiven Rückmeldungen, aber auch ein aufwändiges Format. Da Beteiligungsprozesse gut vorbereitet und begleitet werden sollten, ist es wichtig, ausreichende Ressourcen einzuplanen – zeitliche, personelle und finanzielle. Was die Zielgruppenansprache anbe-

langt, ist zu überlegen: Richten wir uns an Schulklassen? Laden wir (zusätzlich) Jugendtreffs ein? Wie und an welchen Orten kommen wir gut an die Alters- und Zielgruppe heran? Welche Multiplikator:innen können wir für unser Anliegen einbinden, welche Kanäle nutzen?

Grundsätzlich finde ich es sehr gut, die Planung beteiligungsorientiert zu gestalten und Gremien, in denen Kinder und Jugendliche vertreten sind, sowie Expert:innen einzubeziehen. Das kann ich jedem empfehlen.

Bildungskonferenz Jugend Kiel



https://www.kiel.de/de/bildungswissenschaft/bildungsregion/bildungskonferenz_jugend.php

Institut für Inklusive Bildung



<https://www.uni-kiel.de/de/institute/iib>

Beirat für Menschen mit Behinderung



https://www.kiel.de/de/gesundheit/soziales/menschen_mit_behinderung/beirat_fuer_menschen_mit_beeintraechtigung.php

MEINUNGSDISKURS ALS FUNDAMENT DER BETEILIGUNG:

Was Kommunen von jungen Menschen lernen können

Demokratie braucht junge Stimmen – doch was, wenn diese Stimmen verstummen? Die Initiative *VoiceUp!* der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung geht dieser Frage nach. Gruppendiskussionen mit über 100 jungen Menschen zwischen 14 und 26 Jahren zu den Themen Demokratie, Beteiligung und Gesellschaft zeigen: Ohne sichere Räume für Meinungsaustausch kann Jugendbeteiligung nicht gelingen. Eine Erkenntnis, die für datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement Folgen haben muss.

„Es gibt nur noch Lager, und die Lager finden sich nicht mehr zusammen.“ Diese Aussage eines jungen Menschen aus den *VoiceUp!*-Gruppendiskussionen beschreibt ein Phänomen, das unsere Gesellschaft zunehmend prägt: Die Fragmentierung in sich abschottende Meinungsgruppen. Für Kommunen, die Jugendbeteiligung fördern wollen, stellt sich damit eine fundamentale Frage: Wie können wir Räume schaffen, in denen junge Menschen mit unterschiedlichen Ansichten wieder ins Gespräch kommen? Und welche Rolle spielt dabei die Angst vor sozialer Ausgrenzung?

***VoiceUp!* – Eine Initiative gibt jungen Menschen eine Stimme**

Die Initiative *VoiceUp!* der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung wurde ins Leben gerufen, um genau hinzuhören: Was bewegt junge Menschen in Deutschland? Wie wollen sie sich in die Gesellschaft einbringen? Und welche Hindernisse stehen ihnen dabei im Weg? *VoiceUp!* versteht sich als Brückenbauerin zwischen den Lebenswelten junger Menschen und den Entscheidungsstrukturen in Politik und Gesellschaft.

Vor dem Hintergrund der Landtagswahlen 2024 in Brandenburg, Sachsen und Thüringen führte *VoiceUp!* zwischen Juli und Oktober 2024 qualitative Gruppendiskussionen mit über 100 Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 14 und 26 Jahren durch. Die Formate reichten von eigens organisierten Jugendhearings über Kooperationen mit bestehenden Jugendveranstaltungen bis hin zu aufsuchenden Angeboten in Schulen und Jugendclubs. Dabei wurde bewusst darauf geachtet, ein breites Spektrum an politischen Haltungen abzubilden.

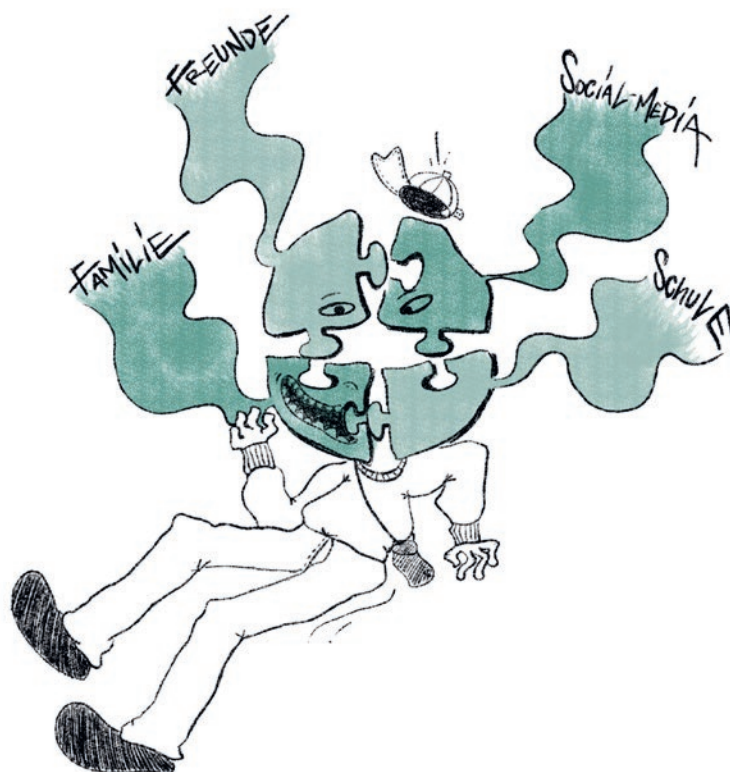
Zwischen Positionierungsdruck und sozialem Rückzug

Was die Moderator:innen in den Gesprächen erfahren, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Verfasstheit unserer demokratischen Diskurskultur. Die befragten jungen Menschen beschreiben ein

Dilemma: In einer Zeit, in der politische Neutralität zunehmend schwieriger wird und Positionierung erwartet wird, erleben sie gleichzeitig massive soziale Konsequenzen für ihre Meinungsäußerungen.

„Das [Thema Politik] ist so wie ein Freund, den man gar nicht eingeladen hat“, beschreibt es ein junger Mensch treffend. Diese Omnipräsenz politischer Themen im Alltag führt zu einem paradoxen Effekt: Statt zu mehr Engagement führt sie bei vielen zu Rückzug und Schweigen. Die Gründe dafür sind vielfältig, haben aber einen gemeinsamen Nenner: die Angst vor sozialer Ausgrenzung.

Besonders eindrücklich sind die konkreten Erfahrungsberichte. Mehrere Befragte berichteten von Situationen, in denen politische Meinungsunterschiede zu sozialer Ausgrenzung und





dem Abbruch von Beziehungen geführt haben. Die gesellschaftliche Polarisierung, die sich in den jüngsten Wahlergebnissen widerspiegelt, hat auch Auswirkungen auf persönliche Beziehungen junger Menschen. Der Preis für politische Positionierung kann der Verlust von Freundschaften und familiären Bindungen sein.

Was junge Menschen wirklich wollen: Geschützte Räume und echten Einfluss

Trotz oder gerade wegen dieser schwierigen Ausgangslage haben die befragten jungen Menschen klare Vorstellungen davon, was sie brauchen. Ihre Wünsche lassen sich in drei Kernforderungen zusammenfassen:

Erstens wünschen sie sich geschützte Räume für Meinungsaustausch. Solche Räume sind jedoch die Ausnahme. Die meisten Befragten erleben Schule, aber auch andere institutionelle Kontexte als Orte, an denen sie ihre Meinung nur gefiltert äußern können. Interessant ist dabei der Wunsch nach heterogenen Räumen: „Häufig sind die Menschen in einer Bubble, man hört bestätigende Sachen. Es ist wichtig, die Bubbles zu überschreiten“, erklärt eine:r der Befragten. Die jungen Menschen wollen also durchaus mit Andersdenkenden in

Kontakt kommen – aber unter Bedingungen, die einen respektvollen Austausch ermöglichen.

Zweitens fordern sie professionelle Moderation und Unterstützung. Die Qualität der Begleitung erweist sich als entscheidender Faktor für gelingende Gespräche. Während einige von positiven Erfahrungen mit Lehrkräften berichten, kritisieren andere: „Wenn der Lehrer meint, er bringt sich nicht ein, ist das Quatsch. Er soll sich einbringen, hat ja mehr Ahnung, soll Gefühle einordnen, Rahmen geben. Das passiert häufig nicht, hält sich immer einfach zurück.“

Die jungen Menschen wünschen sich Erwachsene, die nicht nur neutral moderieren, sondern auch Orientierung geben und emotionale Prozesse auffangen können.

Drittens – und das ist vielleicht die wichtigste Erkenntnis – wollen junge Menschen echten Einfluss. „[Es] reden alle über Mitbestimmung, am Ende bestimmen wir nichts“, bringt es eine:r der Befragten auf den Punkt. Die Erfahrung von Scheinbeteiligung zieht sich wie ein roter Faden durch die Gespräche. Jugendliche berichten von Politikerinnen und Politikern, die Versprechungen machen, aber nichts umsetzen, von Beteiligungsformaten ohne Konsequenzen und von dem Gefühl, dass ihre Meinungen wegen ihres Alters nicht ernst genommen werden.

Das Lundy-Modell als Analyseraster: Wo hakt es bei der Jugendbeteiligung?

Die Ergebnisse der *VoiceUp!*-Gespräche lassen sich mit dem international anerkannten Beteiligungsmodell von Laura Lundy systematisieren. Dieses Modell, das auf Artikel 12 der UN-Kinderrechtskonvention basiert, definiert vier Elemente erfolgreicher Partizipation: Space (Raum), Voice (Stimme), Audience (Publikum) und Influence (Einfluss).

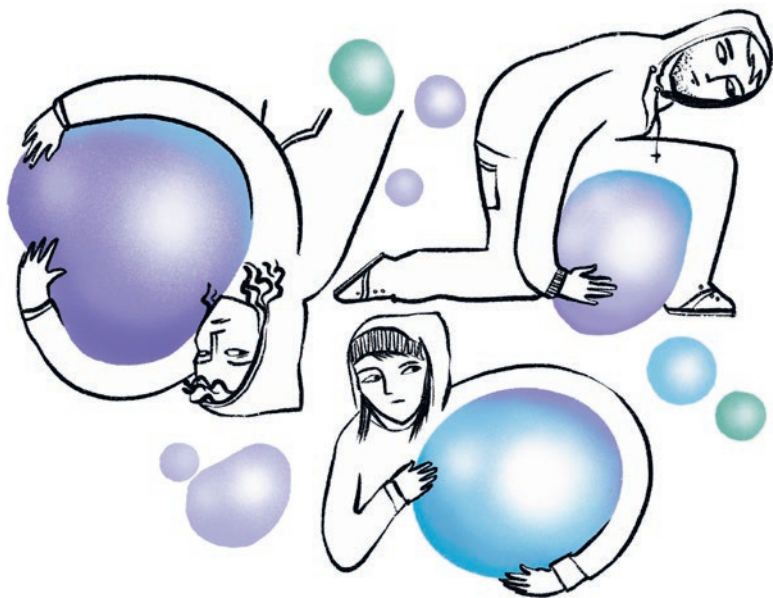
Bei der Analyse wird deutlich: Während in den Bereichen Space und Voice durchaus positive Ansätze existieren – etwa in Form von Jugendparlamenten

Über VoiceUp!

VoiceUp! ist ein Programm der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung (DKJS), gefördert von der Soziallotterie freiheit+. Die Initiative verfolgt das Ziel, die Perspektiven junger Menschen sichtbar zu machen und in gesellschaftliche Debatten einzubringen.

Durch verschiedene Formate – von Online-Befragungen über aufsuchende Ideenwerkstätten bis hin zu Straßenumfragen – schafft *VoiceUp!* Räume, in denen junge Menschen gehört werden. Die Initiative versteht sich als Brückenbauerin zwischen den Lebenswelten junger Menschen und den Entscheidungsstrukturen in Politik und Gesellschaft.





oder Beteiligungsprojekten – hapert es massiv bei Audience und Influence. Junge Menschen haben mehrheitlich das Gefühl, dass ihre Stimmen die Entscheidungsträgerinnen und -träger nicht erreichen. Die Shell Jugendstudie 2024 bestätigt diesen Eindruck: Nur 10 Prozent der jungen Menschen geben an, in der Politik mitbestimmen zu können, während es in der Familie 72 Prozent und im Freundeskreis sogar 84 Prozent sind. Diese Diskrepanz zeigt: Je weiter weg von ihrer unmittelbaren Lebenswelt, desto weniger Einflussmöglichkeiten sehen junge Menschen.

Dabei haben sie durchaus konkrete Ideen, wie Beteiligung besser funktionieren könnte. Sie schlagen Online-Umfragen auf Instagram vor, TikTok-Präsenz von Politiker:innen und Politikern oder Videocalls mit Schulklassen. „Also die [Politiker:innen] müssen ja nicht persönlich zu uns kommen, die können ja auch einfach mal so auf Instagram [...] ne Umfrage machen“, erklärt eine Jugendliche:r. Diese Vorschläge zeigen, dass junge Menschen dort abgeholt werden wollen, wo sie sich aufhalten – und das ist zunehmend der digitale Raum.

Meinungsfreiheit als Gradmesser demokratischer Kultur

Was die *VoiceUp!*-Erhebung besonders deutlich macht: Die Frage der Meinungsfreiheit ist für junge Menschen zentral. Dabei geht es ihnen nicht um eine abs-

trakte verfassungsrechtliche Diskussion, sondern um ganz konkrete Alltagserfahrungen. „Freie Meinung ist nicht so wirklich vertreten, da gibt es viele, die die Meinung nicht akzeptieren“, fasst es ein junger Mensch zusammen.

Die Befragten beschreiben eine Atmosphäre der Vorsicht und Selbstzensur. „Bei Familie und Freunden könnte ich meine Meinung äußern. Aber sonst, vielleicht haben die sonst eine andere Meinung von mir“, erklärt ein junger Mensch. Diese Angst vor sozialer Bewertung führt dazu, dass viele ihre Meinung nur noch in vertrauten Kreisen äußern – oder ganz schweigen. Besonders problematisch: Diese Dynamik betrifft alle politischen Lager. Sowohl Jugendliche mit eher linken als auch solche mit eher rechten Positionen berichten von Ausgrenzungserfahrungen.

Es geht nicht um die Frage, welche Meinung „richtig“ ist, sondern darum, wie wir als Gesellschaft mit Meinungsvielfalt umgehen. Die jungen Menschen formulieren einen wichtigen Auftrag an die Erwachsenenwelt: Räume zu schaffen, in denen kontroverser, aber respektvoller Austausch möglich ist.

Konsequenzen für kommunales Bildungsmanagement

Für Kommunen, die im Rahmen des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements arbeiten, ergeben sich

aus den *VoiceUp!*-Ergebnissen wichtige Handlungsimpulse. Der Auswertungsbericht macht deutlich: Traditionelle Kennzahlen wie die Anzahl von Jugendparlamenten oder Teilnehmendenzahlen bei Beteiligungsformaten greifen zu kurz. Es braucht eine differenziertere Datengrundlage, die auch qualitative Aspekte wie Meinungsfreiheit, Diskurskultur und subjektive Beteiligungserfahrungen systematisch erfasst. Nur mit solchen erweiterten Daten können Kommunen jugendgerechte Entscheidungen, die auch Bildungsangebote beinhalten, treffen und passgenaue Angebote entwickeln.

Eine erste wichtige Erkenntnis ist die Bedeutung institutionenübergreifender Zusammenarbeit. Die Förderung von Diskurs und konstruktivem Austausch kann nicht an einzelne Einrichtungen delegiert werden. Es braucht die Vernetzung von Schulen, Jugendarbeit, Vereinen und anderen Bildungsakteuren. Kommunales Bildungsmanagement kann hier seine Stärke ausspielen: die Fähigkeit, verschiedene Akteure zusammenzubringen und gemeinsame Strategien zu entwickeln.

Ein zweiter wichtiger Aspekt ist die Qualifizierung von Fachkräften. Der Wunsch nach professioneller Moderation zieht sich durch alle Befragungen. Lehrkräfte, Jugendarbeiter:innen und andere pädagogische Fachkräfte brauchen Fortbildungen in Gesprächsführung, im Umgang mit kontroversen Themen und

Mehr lesen

Die vollständigen Ergebnisse der *VoiceUp!*-Befragung „Junge Stimmen zu Meinungsfreiheit“ sind verfügbar unter



www.dkjs.de/voiceup

extremen politischen Positionen und in der Moderation heterogener Gruppen. Hier können Kommunen gezielt investieren und auch externe Expertise einbinden.

Drittens zeigt die Studie die Notwendigkeit neuer Beteiligungsformate mit besonderem Fokus auf Peer-to-Peer-Ansätze. Die klassischen Formate erreichen offenbar nur einen kleinen Teil der jungen Menschen. Digitale Formate, aufsuchende Ansätze und niedrigschwellige Angebote müssen stärker in den Blick genommen werden. Dabei sollten junge Menschen nicht nur als Zielgruppe, sondern als Mitgestaltende verstanden werden. Besonders vielversprechend sind Ansätze, bei denen junge Menschen andere junge Menschen erreichen, moderieren und begleiten. Solche Peer-to-Peer-Strukturen können authentischer wirken und dort Vertrauen schaffen, wo Erwachsene an Grenzen stoßen.

Viertens – und das ist vielleicht die größte Herausforderung – braucht es echte Einflussmöglichkeiten. Kommunen müssen klar definieren, bei welchen Entscheidungen junge Menschen tatsächlich mitbestimmen können. Diese Spielräume mögen begrenzt sein, aber sie müssen transparent kommuniziert werden. Gleichzeitig braucht es „Quick Wins“ – sichtbare Erfolge, die zeigen, dass Beteiligung etwas bewirkt.

Fünftens ist ein systematisches Monitoring der Beteiligungsqualität erforderlich. Kommunales Bildungsmanagement sollte regelmäßig erheben, wie junge Menschen ihre Meinungsfreiheit und Beteiligungsmöglichkeiten bewerten. Solche Daten ermöglichen es, Angebote und Beteiligungsformate kontinuierlich zu verbessern und dabei die Perspektive der Zielgruppe in den Mittelpunkt zu stellen.

Ein Plädoyer für eine neue Beteiligungskultur

Die *VoiceUp!*-Studie zeichnet kein rosiges Bild der Beteiligungskultur in Deutschland. Sie zeigt aber auch: Junge Menschen haben nicht resigniert. Sie haben klare Vorstellungen davon, was sich

ändern muss, und sie sind bereit, sich einzubringen – wenn die Rahmenbedingungen stimmen.

„Wir müssen ein Gemeinschaftsgefühl erzeugen, um die Demokratie wieder neu zu beleben“, formuliert es ein junger Mensch. Dieser Satz bringt auf den Punkt, worum es geht: Beteiligung ist kein technokratischer Prozess, sondern eine Frage der demokratischen Kultur. Es geht darum, Räume zu schaffen, in denen Menschen unterschiedlicher Meinungen miteinander ins Gespräch kommen können, ohne Angst vor Ausgrenzung haben zu müssen.

Für das kommunale Bildungsmanagement bedeutet dies, Beteiligung nicht als Zusatzaufgabe, sondern als Kernbestandteil demokratischer Bildung zu verstehen. *VoiceUp!* liefert wertvolle Hinweise darauf, wo angesetzt werden muss. Sie zeigt aber auch: Es gibt keine einfachen Lösungen. Die Förderung einer demokratischen Diskurskultur ist eine Langzeitaufgabe, die Geduld, Ressourcen und vor allem den ernsthaften Willen erfordert, junge Menschen als gleichberechtigte Partnerinnen und Partner zu verstehen.

Die Initiative *VoiceUp!* setzt ihre Arbeit fort und hört weiter auf das, was junge Menschen bewegt, zum Beispiel mit einer repräsentativen Online-Befragung, deren Ergebnisse im Dezember 2025 veröffentlicht werden, sowie qualitativen Befragungen in zwei Kommunen. Denn nur wenn wir ihre Stimmen ernst nehmen, können wir gemeinsam eine Gesellschaft gestalten, in der alle ihre Meinung – unter Achtung der Grenzen der Meinungsfreiheit – frei äußern können und in der diese Meinungen auch zählen.

Über den Autor

Thies Schulz-Holland

ist in der REAB Nord verantwortlich für die Programmkommunikation.



ALLER.LAND: KULTURELLE BILDUNG ALS MOTOR FÜR BEGEGNUNG UND BETEILIGUNG IM LÄNDLICHEN RAUM

Ein Praxisbeispiel aus der Region Nordstormarn im Kreis Stormarn (Schleswig-Holstein)

Der demografische Wandel, die Abwanderung junger Menschen und fehlende Begegnungsorte – ländliche Räume stehen vor vielfältigen Herausforderungen. Können kulturelle Bildungsangebote dazu beitragen, die Lebensqualität in diesen Regionen zu verbessern und Menschen aktiv an der Gestaltung ihrer Umgebung zu beteiligen? Die im Rahmen des Bundesförderprogramms „Aller.Land – zusammen gestalten. Strukturen stärken.“ durchgeführten Formate im Kreis Stormarn zeigen innovative Wege auf, wie kulturelle Bildung als Katalysator für Begegnung, Teilhabe und regionale Entwicklung wirken kann.

Nordstormarn: Eine Region im Wandel

Nordstormarn, gelegen zwischen Bad Oldesloe und Lübeck, ist eine ländliche Region: Rund 22.000 Einwohner:innen – etwa ein Zehntel des Kreises Stormarn – verteilen sich auf zwölf kleine Gemeinden und die Kleinstadt Reinfeld. Die meisten Bewohnerinnen und Bewohner

pendeln zur Arbeit z. B. nach Hamburg, Bad Oldesloe oder Lübeck.

Die Infrastruktur ist typisch für ländliche Räume: zwei Grundschulen, acht Kindergärten, kaum genutzte Gemeinschaftshäuser und 19 freiwillige Feuerwehren. Das kulturelle Leben wird maßgeblich durch regionale Traditionen wie Dorffeste oder z. B. das „Vogelschießen“ sowie durch ehrenamtliches Engagement und Dorfgemeinschaften getragen.

Bemerkenswert für die Region ist der im Kreisvergleich überdurchschnittlich hohe Anteil an Kindern und Jugendlichen. „Die Zensusdaten von 2022 zeigen, dass Nordstormarn die jüngste Bevölkerung im Kreis hat“, berichtet Rabea Breiner, die im Stabsbereich Kultur des Kreises Stormarn u. a. für die Öffentlichkeitsarbeit zuständig ist und das Aller.Land-Projekt begleitet hat. In einigen Gemeinden wie Hamberge liegt der Anteil der Kinder und Jugendlichen bei beachtlichen 17 Prozent.

Warum Kulturelle Bildung im ländlichen Raum?

Bei der Bedarfsermittlung im Rahmen der Konzeptentwicklung für das Aller.Land-Projekt wurde schnell deutlich: Nordstormarn fehlt es an Begegnungsorten und Austauschmöglichkeiten. „Die Menschen pendeln viel, dadurch finden kaum Begegnungen statt“, erläutert Rabea Breiner. „Es fehlt an gemeinschaftlichen Treffpunkten für den sozialen und kulturellen Austausch. Das wurde von den Einwohnerinnen und Einwohnern selbst als Herausforderung benannt.“

Während der Kreis Stormarn durch seine Kulturentwicklungsplanung (2019/2020) bereits viele kulturelle Netzwerke initiiert und betreibt sowie Strukturen in den größeren Städten und Gemeinden ermöglicht, waren solche Formate in Nordstormarn bisher wenig vorhanden und wenig sichtbar. Dort müssen die Menschen teils lange Wege auf sich nehmen, um zu klassischen Bildungseinrichtungen, auch der kulturellen Bildung, zu gelangen. Die Region wird als strukturschwach und ländlich eingestuft. Insbesondere für diese Regionen wurde das bundesweite Fördervorhaben Aller.Land entwickelt, und somit wurde Nordstormarn als idealer Partner für das Programm ausgewählt.

Partizipation als Schlüssel zum Erfolg

Bei der Konzeptentwicklung für das Aller.Land-Projekt kamen dem Stabsbereich Kultur die Strukturen zugute, die in dem Beteiligungsprozess zur Entwick-

Projekt: Zukunft gemeinsam gut gestalten

Das Projekt „Zukunft gemeinsam gut gestalten“ ist Teil des Förderprogramms „Aller.Land – zusammen gestalten. Strukturen stärken“. Das Programm wird gefördert durch den Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), das Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) sowie die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Programmpartner ist das Bundesministerium des Innern (BMI). Aller.Land ist Teil des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULE plus).

lung eines Gesamtkonzepts Kulturelle Bildung in den Jahren 2021/22 entstanden waren. Dieses Gesamtkonzept hält fest, wie der Kreis und die beteiligten Akteure Kulturelle Bildung – in der frühkindlichen Bildung, innerschulisch, außerschulisch, in der Erwachsenenbildung – verstehen. Damit bildet es auch die Handlungsgrundlage für das Aller. Land-Projekt. Unter dem Motto „Zukunft gemeinsam gut gestalten“ verfolgt auch dieses Vorhaben in Nordstormarn einen konsequent partizipativen Ansatz. Bei der Konzeptentwicklung wurden zahlreiche Akteure einbezogen: Kreative, zivilgesellschaftliche Initiativen, Politik, Gemeindevertretungen, Amtsverwaltung, Schulen und Kitas. „Uns war besonders wichtig, Perspektiven aus der Region einzubinden“, betont Rabea Breiner. „Wir haben mit verschiedenen kreativen Beteiligungsformaten zu

experimentieren begonnen und mit den Menschen gemeinsam Formate entwickelt. Die Ergebnisse dieses Ausprobierens waren dann die Grundlage für unser Konzept.“ Ein zentrales Learning aus der Projektarbeit: „Man muss rausgehen und vor Ort mit den Menschen auf Augenhöhe sprechen“, fasst Rabea Breiner zusammen. „In den direkten Kontakt treten, ins Gespräch kommen, zuhören und das dann mit dem verknüpfen, was man selbst mitbringt – unsere Netzwerke, unser Wissen, gezieltes Projektmanagement, unsere Verankerung in der Kreisverwaltung.“

Praxisbeispiele: Wenn Kreativität Brücken baut

Das Projekt setzt auf niedrigschwellige, kreative Formate, um Menschen jeden Alters zu erreichen:

Der „Hoffnungsvogel“ in der Grundschule Hamberge

Eine partizipative Figurentheaterproduktion zum Thema Hoffnung, die vom Kreis initiiert und zusammen mit einem Theater entwickelt wurde, bildete den Auftakt. Nachdem die Kinder das Theaterstück angeschaut hatten, entwickelten sie im anschließenden Workshop mit einem Künstler sogenannte „Illutopien“ – künstlerisch-kreative Auseinandersetzungen damit, wie sie sich ihre Zukunft vorstellen und wie sie leben möchten. Die Werke wurden in der Schule ausgestellt und die Inhalte über Gespräche auch in die Familien hineingetragen.

Graffiti-Workshop mit Pfadfindern

Ein anderes Format, das Kinder und Jugendliche direkt einbezog, war ein Graffiti-Workshop mit einer Kirchengemeinde. Dort hat sich eine Gruppe von Pfadfindern im Alter von 8 bis 17 Jahre mit drei Sprayern zusammengesetzt und diskutiert, welche Zukunftsthemen sie „sprayen“ möchten. Dabei standen die eigene Lebenswelt und das Thema Frieden im Zentrum, auch in Bezug auf den Ukraine-Konflikt. Sie haben schließlich einen großen Container besprüht, der nun für alle sichtbar im Dorf steht. Ein junger Teilnehmer resümierte begeistert sein neu entdecktes Talent: „Eigentlich würde ich gerne jeden Tag Graffitis machen.“

Der Bollerwagen „CARLichen“

Mit einem Bollerwagen, Kaffee und Kuchen zog das Projektteam, auf Anregung einer lokal verankerten Künstlerin, durch eine Ortschaft und ermöglichte auf diese niedrigschwellige Weise viele Gesprächsanlässe. Die Menschen wurden eingeladen, ihre Bedürfnisse und Fähigkeiten zu teilen. „Tatsächlich haben sich in dem Ort bereits Austauschformate und Projekte weiterentwickelt – es geht selbstständig weiter, ohne dass wir begleitend steuern“, freut sich Rabea Breiner über die nachhaltige Wirkung.

Der Bollerwagen-Aktion zeigt, dass es sich lohnt, kleinteilig auf abgestimmte Zielgruppen und geschützte Räume



Hier gestalten alle mit: Kulturelle Bildung schafft Räume für Beteiligung und Austausch in Nordstormarn.



Der Bollerwagen „CARLchen“ lud zum Gespräch ein – und brachte neue Projekte ins Rollen.



Die Ergebnisse des Graphic Recording zeigen, wie kreative Beteiligung neue Perspektiven eröffnen und bis in die Politik wirken kann.



Bei einer Beteiligungsaktion teilen Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen für ein kulturelles Miteinander in Nordstormarn.

wie Kita, Schule oder Kirchengemeinde zuzugehen und wirklich hinzuhören. Kleine, bereichernde Irritationen im öffentlichen Raum, die den gewohnten Ablauf unterbrechen – wie „CARLchen“ – wecken die Neugier der Anwohnerinnen und Anwohner und ermöglichen den Dialog zwischen der Kreisverwaltung und den Menschen vor Ort.

Graphic Recording als Beteiligungs-instrument

Ein weiteres Projekt macht deutlich, wie etwas, das man im Kleinen entwickelt, auf andere Ebenen weitergetragen werden kann. In einer Gemeinde wurden Einwohnerinnen und Einwohner nach ihren Wünschen und Bedürfnissen befragt; eine Künstlerin aus Hamburg zeichnete diese simultan mit. Die Ergebnisse wurden an den Bürgermeister weitergegeben, der überrascht war, dass deutlich mehr Rückmeldungen durch diesen kreativen Ansatz gewonnen werden konnten als bei einer vorherigen Online-Befragung. Diese künstlerische Methode hinterließ nicht zuletzt beim Landrat des Kreises Stormarn, Dr. Henning Görtz, einen derart positiven Eindruck, dass auch eine Kreistagssitzung zeichnerisch dokumentiert wurde. Die Ausstellung der entstandenen Werke im Foyer des Kreistagssitzungsgebäudes ist ein anschauliches Beispiel dafür, wie kulturelle Mittel politische Themen sichtbarer und zugänglicher machen können.

Kulturelle Bildung als Türöffner für demokratische Prozesse

Ein besonderes Potenzial kultureller Bildung liegt in der Förderung demokratischer Prozesse. „Kulturelle Bildung kann Zugänge zu gesellschaftlichen Themen ermöglichen“, erklärt Rabea Breiner, „indem man sich kreativ damit auseinandersetzt.“ In der Beschäftigung mit Zukunftsthemen kommen Menschen ins Gespräch, tauschen sich aus, diskutieren unterschiedliche Standpunkte. „Genau dort findet Demokratie statt“, betont Rabea Breiner. „Es geht nicht in erster Linie um die Vermittlung von theoretischen Ansätzen zu Demokratie oder politischer Bildung, sondern um Fähigkeiten, die man über Kulturelle

Bildung erlangen kann, um sich selbst einzubringen.“

Analoge Begegnungen im digitalen Zeitalter

Bemerkenswert ist, dass das Aller.Land-Projekt bewusst auf Begegnungen vor Ort setzt. „Wir waren wirklich sehr viel im analogen Raum unterwegs“, berichtet Rabea Breiner. Digitale Tools wurden zwar für die interne Zusammenarbeit im Team und für die begleitende Öffentlichkeitsarbeit genutzt, spielten aber bei der direkten Projektarbeit mit den Zielgruppen kaum eine Rolle. Diese Fokussierung auf persönliche Begegnungen scheint den Bedürfnissen der Menschen vor Ort zu entsprechen und unterstreicht die Bedeutung konkreter Treffpunkte im ländlichen Raum – gerade in Zeiten zunehmender Digitalisierung.

Synergien mit dem kommunalen Bildungsmanagement

Das Aller.Land-Projekt bietet zahlreiche Anknüpfungspunkte für das kommunale Bildungsmanagement. „Dadurch, dass wir nicht nur in der kulturellen Bildung unterwegs, sondern auch auf anderen Ebenen in der Region verankert sind, kann das Bildungsmanagement davon profitieren, dass Kontakte und Netzwerke schon vorhanden sind“, erläutert Rabea Breiner.

Für das thematische Monitoring im Bereich der kulturellen Bildung können die Erfahrungen und Daten aus dem Aller.Land-Projekt wertvolle Erkenntnisse liefern. Umgekehrt kann das methodische Vorgehen des Bildungsmanagements für die Evaluation kultureller Bildungsprojekte genutzt werden – eine klassische Win-win-Situation.

Fazit: „Lessons Learned“ für andere ländliche Regionen

Was können andere ländliche Regionen vom Aller.Land-Projekt in Nordstormarn lernen? Rabea Breiner nennt drei zentrale Erkenntnisse:

- » Vor Ort sein und zuhören: Der direkte Kontakt auf Augenhöhe mit den Menschen vor Ort ist unersetzlich.

Nur so lassen sich echte Bedarfe erkennen und Vertrauen aufbauen.

- » Scheitern zulassen: Nicht jeder Ansatz kultureller Bildung passt überall. „Manchmal muss man sich eingestehen: Wir haben es versucht, aber es hat nicht funktioniert.“ Aus solchen Erfahrungen lässt sich lernen.
- » Eigene Vorstellungen zurücknehmen: Bei echter Beteiligung geht es nicht darum, die eigenen Ideen durchzusetzen. „Wir ermöglichen vieles, im Mittelpunkt stehen die Interessen der Menschen vor Ort.“

Das Projekt im Rahmen von Aller.Land zeigt exemplarisch, wie Kulturelle Bildung als Türöffner für Begegnung, Austausch und Teilhabe im ländlichen Raum wirken kann. Es macht deutlich: Für nachhaltige regionale Entwicklung braucht es nicht nur wirtschaftliche Impulse, sondern auch kreative Räume, in denen Menschen sich mit ihrer Lebenswelt auseinandersetzen und diese aktiv mitgestalten können.



Aller.Land Stormarn



<https://www.kultur-stormarn.de/projekte/allerland/>

Kulturentwicklungsplanung



<https://www.kultur-stormarn.de/assets/Kulturentwicklungsplanung-Kreis-Stormarn.pdf>

Gesamtkonzept Kulturelle Bildung



https://www.kultur-stormarn.de/assets/KUBI-Gesamtkonzept/Gesamtkonzept_KulturelleBildung_Stormarn_23.pdf



ROBERT WICK UND JULIA QUADE

BÜRGERBETEILIGUNG IN MV – HINTER DEM TREND?

Erkenntnisse aus der Beteiligungspraxis

Viele erfolgreiche Beteiligungsverfahren belegen sehr anschaulich den Mehrwert dieser. Insbesondere in den großen Städten ist die Beteiligung zu einem wesentlichen Faktor in den Planverfahren geworden. Dazu sind inzwischen eine Vielzahl von – auch digitalen – Formaten entwickelt worden, mit denen es gelingt, die Bürger mitzunehmen und ihre Ortskenntnisse in den Prozess einzubringen.

Das Beteiligungsverfahren zur Gestaltung des Jungfernstiegs in Hamburg ergab über 400 eingereichte Beiträge, die über 1.000 Mal kommentiert wurden. Darüber hinaus stand im Downloadbereich ein umfangreiches Planwerk zur Verfügung. Mit dem Format Stadtwerkstatt hat zum Beispiel die Hansestadt Hamburg ein Tool aufgebaut, mit dem die Bürger sich umfassend zu allen aktuellen Themen informieren können. Vergleichbare Tools findet man in vielen anderen Städten. Sie zeigen, den hohen

Stellenwert der Bürgerbeteiligung in den Großstädten.

Unbestritten ist aber auch, dass mit den Verfahren ein erheblicher Aufwand verbunden ist, der personelle und finanzielle Ressourcen erfordert, über die die Großstädte im Regelfall verfügen.

Beteiligung in Mecklenburg-Vorpommern

Das Kontrastprogramm hierzu liefern hingegen kleinere Städte und Gemeinden. Insbesondere in den dünn besiedelten ländlichen Räumen, deren Entwicklungsperspektive mit Herausforderungen verbunden ist, hat die Beteiligung der Betroffenen einen anderen Stellenwert als in den Großstädten. Ein ganz besonderes Beispiel dazu ist das Flächenland Mecklenburg-Vorpommern, das mit 70 Einwohnern pro m² die niedrigste Einwohnerdichte ganz Deutschlands aufweist. Seit der letzten

Erstveröffentlicht in:

vhw FWS 3/2025, S. 149-151



<https://t1p.de/047ou>

Bundestagswahl sind die Unterschiede zwischen den urbanen Räumen der Republik jetzt auch in der politischen Präferenz und den damit verbundenen Grundhaltungen ganz deutlich geworden.

Hier treffen verschiedene Faktoren aufeinander, die sich im Endeffekt dann noch gegenseitig verstärken:

- » Alterung der Gesellschaft und Abwanderung jüngerer Menschen
- » Fachkräftemangel
- » Schrumpfung der Infrastruktur und Daseinsvorsorge
- » Leerstand und Verfall von Gebäuden
- » Nachlassender sozialer Zusammenhalt und Engagement
- » Wahrnehmung und Selbstbewusstsein (negatives Image – erschwert Investitionen, Zuzug und Innovation)
- » Das Gefühl abgehängt zu sein und nicht in seinen Bedürfnissen gesehen zu werden

Aber auch hier finden Planungsprozesse statt, in denen das BauGB eine Beteiligung vorschreibt. Auch für die Erarbeitung eines integrierten Stadtentwicklungskonzeptes hat das Land die Beteiligung der Bürger zwingend vorgeschrieben. Die Ausgestaltung eines Beteiligungsprozesses bleibt in der Regel aber der jeweiligen Kommune selbst überlassen. Hier machen sich die begrenzten Ressourcen sehr deutlich bemerkbar. Die Verwaltungen, insbesondere die Bauverwaltungen, sind hier im Gegensatz zu denen in urbanen Räumen deutlich schwächer aufgestellt. In vielen Bauämtern ist die Stelle für die Stadtplanung meist mit nur einer Person besetzt.

Die begrenzten personellen Ressourcen treffen zudem auf eine Bevölkerung, in der bürgerschaftliches Engagement nicht stark ausgeprägt ist. Gerade die letzten Wahlergebnisse belegen sehr anschaulich die Grundhaltung großer Teile der Bevölkerung, die durch Ablehnung der demokratischen Institutionen und das Gefühl, abgehängt zu sein, gekennzeichnet ist. Komplexe und abstrakte Inhalte lassen sich in solchen Strukturen nur sehr schwer vermitteln.

Fehlentwicklungen in der Vergangenheit

Rückblickend lässt sich zudem feststellen, dass gerade vor der Gemengelage aus begrenzten Ressourcen einerseits und geringen Ambitionen zur Entwicklung einer ausgeprägten Beteiligungskultur innerhalb der Verwaltung in den Beteiligungsformaten Fehlentwicklungen zu beobachten waren. Klassische Formate wie Bürgerversammlungen und Infoabende funktionieren insbesondere seit Corona zunehmend schlechter, da sie meist nur eine kleine, ohnehin politisch aktive Gruppe erreichen. Viele Menschen haben schlicht keine Lust, nach einem langen Arbeitstag abends in einem schlecht belüfteten Raum mit wenig Licht zu sitzen, sich berieseln zu lassen oder sich möglicherweise noch

über kontroverse Themen zu ärgern. Zudem sind viele strategische Ansätze zu abstrakt formuliert, sodass es der Bevölkerung schwerfällt, einen direkten Bezug zu ihrem Alltag herzustellen. Ein weiteres Problem sind Fehler in der Durchführung:

Oft wurden Rahmenbedingungen nicht klar kommuniziert, unrealistische Erwartungen geweckt, die später nicht erfüllt werden konnten, oder nicht alle Menschen einbezogen, die sich beteiligen wollten. Dies führt zu Frustration und Misstrauen gegenüber zukünftigen Beteiligungsprozessen. In Mecklenburg-Vorpommern zeigt sich zudem häufig ein veraltetes Verständnis von Beteiligung – wenn man das Thema anspricht, lautet die erste Reaktion vieler Bürgermeister: „Wann soll ich die Aula in der Schule für den Infoabend reservieren?“ – doch genau das ist keine echte Beteiligung, sondern nur eine Einbahnstraße der Information. Gleichzeitig sehen sich viele politische Gremien als alleinige Vertreter des Bürgerwillens und empfinden partizipative Verfahren als Konkurrenz zu ihrer eigenen Legitimation, was Beteiligungsprozesse zusätzlich erschwert. Ein weiteres zentrales Problem ist, dass selbst wenn durch Beteiligung konkrete Projektideen entstehen, deren Umsetzung oft Jahre dauert.



In der Stadt Teterow wurde mit einem „mobilen Wohnzimmer“ ein entspannter Rahmen für Gespräche geschaffen.

Langwierige Verwaltungsprozesse, fehlende finanzielle Mittel oder politische Prioritätenverschiebungen sorgen dafür, dass die sichtbaren Ergebnisse auf sich warten lassen – was das Vertrauen in den Sinn von Beteiligung zusätzlich untergräbt. Im Ergebnis ist eine erhebliche Skepsis gegenüber Beteiligungsformaten entstanden, die mit einer nachlassenden Beteiligungsbereitschaft einherging.

Beispiele, die Mut machen

Die Stadt Teterow hat sich im Rahmen der Erarbeitung ihres Integrierten Stadtentwicklungsprozesses eine intensive Beteiligung der Bewohner auf die Fahnen geschrieben. Mit einem mobilen Wohnzimmer, bestehend aus Sofa, Lampe und Teppich, das an verschiedenen Orten der Stadt aufgestellt wurde, gelang es, Aufmerksamkeit zu erzeugen und mit den Bürgern ins Gespräch zu kommen. Im Ergebnis ist es in Teterow gelungen, die Erarbeitung eng mit den Aktivitäten einer lokalen Kulturinitiative zu verzahnen.

Als Auftakt für die Erarbeitung ihres Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes hat die Stadt Barth in ihrer Innenstadt unter dem Motto „Gib Deinen Senf dazu“ die Bewohner zu einem Bratwurstgrillen eingeladen. Bürgerinnen und Bürger konnten auf Postkarten festhalten, was in ihrer Stadt gut läuft und wo es Verbesserungsbedarf gibt. Als Anreiz gab es eine Bratwurst vom Bürgermeister – natürlich mit Senf. Dabei gingen über 130 Rückmeldungen zur zukünftigen Entwicklung der Stadt ein.

In der Reuterstadt Stavenhagen startete die Stadt ihre ISEK-Fortschreibung mit einem Waffelbacken in der Innenstadt und einer kostenlosen Eisaktion. Auch hier war es der Ausgangspunkt dafür, dass die Erarbeitung des Konzeptes durch ein Gremium interessierter Bürger getragen werden konnte und die Belange der Bürger gut in das ISEK eingebracht werden konnten.

Bemerkenswert in allen Fällen der Akteursaktivierung war, dass die Stadtverwaltung ein ernsthaftes Interesse



In Barth gaben Bürgerinnen und Bürger ihren Senf zur Stadtentwicklung dazu – und erhielten zum Dank eine Bratwurst vom Bürgermeister.

an dem Prozess hatte, sich darüber hinaus externer Unterstützung bediente und zudem die jeweiligen Bürgermeister nicht nur an den Veranstaltungen teilnahmen, sondern auch aktiv an der Vor- und Nachbereitung mitwirkten.

Fazit

Auch unter schwierigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen können Beteiligungsprozesse gelingen. Dazu braucht es zweifellos mehr innovative und praxisnahe Formate, die Menschen dort abzuholen, wo sie sind. Die Erfahrungen zeigen, dass erfolgreiche Beteiligungsprozesse auf vier zentralen Elementen basieren:

» Erstens ist es entscheidend, zu Beginn eines Beteiligungsprozesses Aufmerksamkeit zu erzeugen und eine offene Gesprächsatmosphäre zu schaffen. Statt klassische Infoveranstaltungen anzubieten, sind kreative Ansätze erforderlich. Sie erzeugen Aufmerksamkeit und bieten eine gute Möglichkeit, mit den Menschen ins Gespräch zu kommen.

» Zweitens müssen unterschiedliche Zielgruppen gezielt angesprochen werden. Durch eine ganztägige Tour durch die Stadt konnten wir verschiedene Menschen erreichen: morgens Berufs-

tätige und Senioren, mittags Schülerinnen und Schüler, nachmittags Familien und abends Vereine oder ehrenamtlich Engagierte.

» Drittens braucht es eine tragfähige Struktur, um die gesammelten Ideen weiterzuentwickeln. Eine Steuerungsrunde aus politischen Vertretern, engagierten Bürgerinnen und Bürgern, Vereinsvorsitzenden und weiteren Akteuren der Stadtgesellschaft stellt sicher, dass die Beteiligungsergebnisse weiterverfolgt und konkrete Maßnahmen erarbeitet werden. Dabei ist es essenziell, dass auch die oftmals langen Umsetzungsprozesse in den Beteiligungsformaten mitgedacht werden. Denn häufig dauert es Jahre, bis aus einer Idee ein sichtbares Projekt wird – in dieser Zeit kann der Bürgermeister abgewählt, ältere Bürgerinnen und Bürger verstorben und junge Menschen bereits weggezogen sein. Dann stellt sich schnell die Frage: Wer hat das eigentlich entschieden? Um diesem Problem entgegenzuwirken, braucht es eine Verstetigung der Beteiligung. Ein äußerst effektiver und kleinteiliger Ansatz mit geringem Aufwand ist die Etablierung eines Verfügungsfonds. Ein solcher Fonds stellt finanzielle Mittel bereit, mit denen Bürgerinnen und Bürger kleinere Projekte eigenständig umsetzen können. Über

die Vergabe der Mittel entscheidet ein Gremium, das sich aus engagierten Personen der Stadtgesellschaft zusammensetzt. Dadurch bleibt das Feuer, das durch Beteiligung entfacht wurde, erhalten, und erste sichtbare Erfolge können schnell realisiert werden. Damit ein solcher Fonds funktioniert, braucht es jedoch eine professionelle Begleitung durch einen Beteiligungsmanager. Je nach Größe des Raums sollte es für jede Region eine eigene Ansprechperson geben, die das Gremium unterstützt, Prozesse begleitet und Beteiligung kontinuierlich vorantreibt. Doch das kostet Geld – und genau hier muss auch die Politik umdenken: Wer echte Beteiligung will, muss sie auch langfristig finanzieren.

» Viertens ist es entscheidend, Problemstellungen verständlich aufzubereiten und lösungsorientiert zu arbeiten. Es geht nicht darum, Herausforderungen zu verharmlosen, sondern sie so zu formulieren, dass alle mitreden und mitgestalten können. Klare Kommunikation ist dabei ein Schlüssel zum Erfolg.

Diese vier Bausteine machen deutlich: Beteiligung kann auch in ländlichen Räumen funktionieren – und sie kann allen Beteiligten Spaß machen. Wenn die Menschen erleben, dass ihre Stimme zählt und ihre Ideen ernst genommen werden, stärkt das nicht nur die Identifikation mit ihrer Gemeinde, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Beteiligung in ländlichen und schrumpfenden Räumen ist essenziell, um die Menschen vor Ort in Entwicklungsprozesse einzubinden und tragfähige Zukunftsperspektiven zu schaffen. Auch wenn klassische Formate wie Bürgerversammlungen oder Infoabende zunehmend an Wirksamkeit verlieren, ist erfolgreiche Bürgerbeteiligung in diesen Räumen durchaus möglich – und kann sogar Spaß machen. Wenn sie gut gestaltet ist, profitieren sowohl die Bewohner als auch die Gemeinden: Die Bevölkerung fühlt sich ernst genommen, kann ihre Lebensumwelt aktiv mitgestalten, während Kommunen wertvolle Impulse für bedarfsgerechte Entwicklungen erhalten.

Damit Beteiligung gelingt, braucht es individuelle, an die jeweilige Situation angepasste Formate, die transparent, praxisnah und niedrigschwellig sind. Zudem müssen sie sichtbare Ergebnisse liefern, um Vertrauen aufzubauen und die Motivation zur Mitwirkung langfristig zu stärken. Nur wenn Beteiligung als lebendiger, gemeinschaftlicher Prozess verstanden wird, kann sie zur Identifikation mit der Region beitragen und ländliche Räume nachhaltig stärken.

Über die Autoren

Julia Quade

ist Politologin und Projektleiterin bei der Landgesellschaft Mecklenburg-Vorpommern mbH in Leezen.

Ihre Tätigkeitsschwerpunkte liegen in der Konzepterstellung sowie der Bürgerbeteiligung.

Robert Wick

ist Diplom-Ingenieur für Raumplanung und Projektleiter bei der LGE Mecklenburg-Vorpommern GmbH in Schwerin.

Seine Tätigkeitsschwerpunkte liegen im Stadtumbau sowie der Bürgerbeteiligung.



„ALLE MENSCHEN SOLLEN SICH BETEILIGEN KÖNNEN“

Partizipativer Leitbildprozess im Landkreis Ludwigslust-Parchim

Der Landkreis Ludwigslust-Parchim hat im Rahmen des Projekts „Transparente Bildungsregion LUP“ sein Bildungsleitbild aus dem Jahr 2019 grundlegend überarbeitet. Dabei stand nicht nur die inhaltliche Weiterentwicklung im Fokus, sondern vor allem ein partizipativer Ansatz, der möglichst viele Akteure aus Verwaltung und Zivilgesellschaft einbezog. Das Ergebnis: Ein Leitbild in leicht verständlicher Sprache, das sogar ins Mecklenburger Platt übersetzt wurde. Die Projektkoordinator:innen **Manuel Hobe** und **Dr. Diana Richert** berichten über Herausforderungen und Erfolgsfaktoren des Beteiligungsprozesses in Deutschlands zweitgrößtem Landkreis.

REAB Nord: Was war der Anlass für die Entwicklung bzw. Weiterentwicklung des Bildungsleitbilds im Landkreis Ludwigslust-Parchim?

Manuel Hobe: Im Rahmen des Projektes „Transparente Bildungsregion LUP“ wurde das bestehende Bildungsleitbild aus dem Vorgängerprojekt „Bildung integriert“ weiterentwickelt. Das ursprüngliche Leitbild stammte aus 2019, und zwischenzeitlich gab es gesellschaftliche Entwicklungen, die eine Anpassung notwendig machten. Daher war es uns wichtig, neue Themenfelder wie Digitalisierung aufzunehmen und durch leicht verständliche Sprache das Bildungsleitbild möglichst vielen Menschen im Landkreis zugänglich zu machen.

REAB Nord: Welche Ziele verfolgt der Landkreis mit dem Leitbild, und welche konkreten Handlungsfelder wurden definiert?

Dr. Diana Richert: Das Bildungsleitbild fügt sich in die Ziele des Kreisentwicklungskonzepts 2030 ein. Im Handlungsfeld „Lebenswerte Orte“ sind beispielsweise die Ziele „Das Bildungsangebot ist leistungsfähig und erreicht alle Altersgruppen“ sowie „Der Landkreis ist familienfreundlich“ festgelegt.

Das Bildungsleitbild soll für uns einerseits eine Zukunftsvision definieren, also Ziele, die wir erreichen wollen, und andererseits einen Rahmen bilden, in dem sich alle, die im Themenfeld Bildung

arbeiten, bewegen können. Gleichzeitig soll es auch bereichsspezifische Konkretisierungen ermöglichen.

REAB Nord: Wie unterscheidet sich das neue Leitbild vom vorherigen und welche Rolle spielte die sprachliche Gestaltung?

Manuel Hobe: Der größte Unterschied besteht in der sprachlichen Gestaltung in leicht verständlicher Sprache.



Vollständiges Leitbild

Hochdeutsche Version:



<https://www.kreis-lup.de/output/download.php?fid=3378.13614.1.PDF>

Plattdeutsche Version:



<https://www.kreis-lup.de/output/download.php?fid=3378.13938.1.PDF>

Dr. Diana Richert: Ein schönes Beispiel hierfür ist der Satz: „Das Recht auf und die Pflicht zur Bildung wird für jede Einwohnerin und jeden Einwohner unseres Landkreises unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialer und/oder geographischer Herkunft, gesundheitlichen und psychischen Einschränkungen oder vom bislang erworbenen Bildungsstand als selbstverständlich angesehen.“ Dieser Satz stammt aus dem Bildungsleitbild des Projekts „Bildung integriert“. Gemeinsam haben wir ihn so weiterentwickelt: „Alle Menschen haben das Recht auf Bildung im Landkreis LUP.“ Hier zeigt sich, dass wir versucht haben, die Inhalte auf das Wesentliche zu reduzieren, ohne dabei den Kern der Aussage zu verlieren. Auch die Praxisnähe war uns wichtig. Seit 2019, als das Bildungsleitbild beschlossen wurde, sind mittlerweile gut 6 Jahre vergangen, und gerade in digitaler Hinsicht hat sich hier sehr viel entwickelt. Dies sollte sich auch im Leitbild widerspiegeln.

Manuel Hobe: Ein weiterer Unterschied besteht darin, dass das aktuelle Bildungsleitbild ins Plattdeutsche übersetzt wurde – selbstverständlich ins Mecklenburger Platt. Wir haben festgestellt, dass die Übersetzung in andere Sprachen mit Apps sehr gut und schnell funktioniert, aber jedoch nicht ins Plattdeutsche. Wir haben hier in der Region viele Menschen, die noch Plattdeutsch sprechen, und wollen somit auch die Identifikation mit dem Leitbild stärken.

REAB Nord: Wie wurde der Prozess zur Überarbeitung gestaltet und welche Akteure waren beteiligt?

Dr. Diana Richert: Zunächst wurde das vorhandene Leitbild überprüft, in leicht verständliche Sprache formuliert und um relevante Themenfelder ergänzt. Das überarbeitete Leitbild wurde anschließend im Bildungsrat vorgestellt und weiterbearbeitet. In diesem Prozess wurden bestimmte Formulierungen angepasst, neue Leitgedanken hinzugefügt und die bestehenden Leitgedanken in eine logische Reihenfolge gebracht.

Nach dieser Phase ist das Leitbild in einer größeren verwaltungsinternen und -externen Beteiligung konkretisiert



Dr. Diana Richert und Manuel Hobe koordinieren das Projekt „Transparente Bildungsregion LUP“ im Landkreis Ludwigslust-Parchim.

worden. Hierbei wurden Verständnisfragen geklärt, Anmerkungen und Anregungen aufgenommen sowie gemeinsam weitere Änderungen und Ergänzungen vorgenommen.

Anschließend wurde das finale Bildungsleitbild in einer Sondersitzung des Bildungsrates einstimmig angenommen, bevor es als Vorlage in den Verwaltungsvorstand und in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport eingebracht wurde.

Grundsätzlich war für uns jeder Schritt ein Meilenstein, da es sehr interessant war, die Entwicklung des Bildungsleitbildes zu beobachten.

Manuel Hobe: In dem gesamten Prozess wurden unterschiedlichste Akteursgruppen zu verschiedenen Zeitpunkten mit einbezogen.

Zuallererst der Bildungsrat, bestehend aus:

- » Beigeordnete Landkreis Ludwigslust-Parchim
- » Fachdienstleiterin Bildung, kreisliche Schulen und Sport
- » Leiterin Stabsstelle Gleichstellung, Generationen und Vielfalt
- » Kreissenioresenbeirat Ludwigslust-Parchim
- » Beirat für Menschen mit Behinderungen

Ludwigslust-Parchim

- » Kreisjugendring Ludwigslust-Parchim
- » Kreissportbund Ludwigslust-Parchim

Hier wird schon deutlich, dass es uns wichtig war, Verwaltung und Zivilgesellschaft ganz zentral einzubeziehen. Mit dem Bildungsrat haben wir dann einen ganztägigen Workshop durchgeführt, in dem die einzelnen Mitglieder ihre Gedanken für das Bildungsleitbild einfließen lassen konnten.

Im Anschluss daran haben wir einen verwaltungsinternen Workshop mit demselben Ziel durchgeführt. Hier haben wir alle Mitarbeitende, die im Themenfeld Bildung tätig sind, eingeladen, sodass sie die Möglichkeit hatten, eigene Anmerkungen und Schwerpunkte zu setzen.

Uns war von Anfang an klar, dass wir auch verwaltungsexterne Akteur:innen mit einbeziehen wollen. Hierfür haben wir drei digitale Termine angeboten, die sich an alle Interessierten richteten. Beworben wurden diese sowohl digital als auch im Landkreisboten. Es gab aber auch Situationen, in denen wir angesprochen wurden, dass die Termine alle nicht passen würden. Dann haben wir uns mit den betreffenden Personen direkt zusammengesetzt und über das Leitbild gesprochen.

Insgesamt war unser Ziel, dass alle Menschen im Landkreis die Möglichkeit hatten, sich daran zu beteiligen.

Dr. Diana Richert: Gerade zivilgesellschaftliche Organisationen und das Ehrenamt haben noch einmal andere Sichtweisen in das Leitbild eingebracht. So entstand auch der Leitgedanke mit dem Schwerpunkt auf Ehrenamt.

REAB Nord: Welche Maßnahmen wurden ergriffen, um sicherzustellen, dass das Leitbild in der täglichen Bildungsarbeit genutzt wird?

Manuel Hobe: Wir befinden uns weiterhin im Prozess, das Leitbild aktiv nach innen und außen zu tragen. Beispielsweise gab es im Januar 2025 einen großen Artikel im Landkreisboten. Wir beziehen uns in Dokumentationen nun immer auf das Leitbild oder machen in Gesprächen immer wieder „Werbung“ dafür.

REAB Nord: Gibt es bereits konkrete Umsetzungsprojekte?

Dr. Diana Richert: Die Digitalisierung der Schulen beispielsweise geht immer weiter voran, ebenso der Breitbandausbau. Hier sind wir also auf einem sehr guten Weg.

Wir als Projekt haben uns im letzten Jahr einmal näher angeschaut, welche Bildungsbarrieren es im Landkreis noch gibt. Dies soll dazu dienen, die Barrieren abzubauen und die Bedingungen für Bildung zu verbessern. Zurzeit sind wir dabei, diese zusammenzutragen und übersichtlich aufzubereiten. Bis Ende des Jahres 2025 wird es in einem größeren Teilprojekt einen umfangreichen Maßnahmenkatalog geben, der konkret darstellt, welche Barrieren im Landkreis LUP abgebaut werden sollten, um Bildungschancen zu verbessern.

REAB Nord: Welche besonderen Herausforderungen gab es bei der Einbindung verschiedener Akteure?

Manuel Hobe: Besondere Herausforderungen würde ich nicht sagen, da wir uns von Beginn an auf die Lebensreali-

täten der Menschen im Landkreis eingestellt haben. Beispielsweise haben wir die verwaltungsexternen Workshops digital angeboten, weil Ludwigslust-Parchim der zweitgrößte Landkreis in Deutschland ist und wir den Menschen nicht zumuten wollten, eine Stunde zu fahren, um daran teilzunehmen. Gleichzeitig haben wir einen Workshop auch am Samstag angeboten, da wir davon ausgegangen sind, dass Menschen im Ehrenamt werktags ebenfalls arbeiten gehen.

Auch interessant war die Kompromissfindung, insbesondere beim Leitgedanken zum Thema Gesundheit. Einige wollten diesen Leitgedanken im Leitbild haben, andere nicht. Im Prozess wurde dann aus „Bildung in LUP: Stärkt die Gesundheit“ „Bildung in LUP: Stärkt das Wohlergehen“, sodass alle damit zufrieden waren.

REAB Nord: Welche Aspekte haben sich als besonders wirksam für eine breite Akzeptanz erwiesen?

Dr. Diana Richert: Insgesamt ist das Leitbild mit Menschen im Landkreis über einen längeren Prozess entwickelt worden. Das Leitbild wird auf verschiedene Arten zu den Menschen gelangen: Einerseits direkt, beispielsweise hier im Landkreisboten oder auf der Homepage des Landkreises. Andererseits indirekt, indem die Barrieren immer weniger werden oder sich gewisse Strukturen ändern. Da viele Menschen die Möglichkeit hatten, sich zu beteiligen, wuchs auch die Akzeptanz des Leitbildes.

Besonders wirksam ist hierbei auch die Greifbarkeit. Wir wollten extra keinen Fachjargon verwenden, damit alle die Inhalte auch verstehen. Selbst bei Fachwörtern, wie zum Beispiel „Bildungsmonitoring“, haben wir dann noch versucht, diese zu umschreiben.

REAB Nord: Welche Empfehlungen würden Sie anderen Kommunen mitgeben?

Manuel Hobe: Da gibt es tatsächlich mehrere Aspekte. Einerseits ist es wichtig, von Anfang an zu überlegen, welche

Personengruppen wie am besten zu beteiligen sind. Sollen Ehrenamtliche beteiligt werden, ist eine Veranstaltung unter der Woche vormittags wahrscheinlich nicht zielführend. Das heißt auch, dass man sich an die Lebensrealitäten der Zielgruppe anpassen muss.

Dann war es für uns auch ein Vorteil, dass wir flexibel geblieben sind. Wir hatten zwar einen geplanten Ablauf, aber es war unproblematisch, dass wir uns mit einigen Akteur:innen auch unabhängig davon getroffen haben. Dies hat auch noch einmal interessante Aspekte in den Prozess gebracht.

Allerdings ist auch wichtig, dass die Grenzen des Partizipationsprozesses klar sind, insbesondere in zeitlicher Hinsicht, denn sonst läuft man Gefahr, sich in diesem Prozess zu verlieren.

Das Kernproblem ist die fehlende zielgruppenspezifische Ansprache zur kommunalen Beteiligung.

REAB Nord: Welche nächsten Schritte sind geplant?

Manuel Hobe: Der nächste konkrete Schritt ist die Visualisierung des Leitbildes und die Implementierung in das Bildungsportal, das gerade entsteht. Zudem werden wir, zunächst einmal verwaltungsintern, immer wieder „Werbung“ für das Bildungsleitbild machen und mit den Kolleg:innen erörtern, wie dieses auch in den anderen Fachdiensten als Grundlage genutzt werden kann. Unser Ziel ist zunächst, dass das Bildungsleitbild verwaltungsintern aktiv genutzt wird bzw. sich hierauf aktiv bezogen wird.

„NICHT OHNE UNS ÜBER UNS“: EIN MODELLPROJEKT WIRD ZUM ERFOLGSKONZEPT

Ein Interview mit Gesa Kobs, Geschäftsführerin des Instituts für Inklusive Bildung (IIB) der CAU, und Marco Reschat, Bildungsfachkraft am IIB.

REAB Nord: Herr Reschat, wie sieht denn ein typischer Arbeitstag für Sie aus?

Marco Reschat: Ich starte jeden Morgen, montags bis freitags, um kurz vor acht in unserem Büro hier in der Boschstraße in Kiel. Als erstes schaue ich in meine E-Mails und beantworte diese. Danach schaue ich bei uns in den Kalender und verschaffe mir einen Überblick über den Tag, aber auch über die kommenden Tage und Veranstaltungen. Und daraus ergeben sich dann die verschiedenen Aufgaben.

Oft bereite ich kommende Bildungsveranstaltungen vor. Das bedeutet, dass ich Erfahrungsberichte überarbeite, aber auch neue schreibe. Wenn es um ein neues Thema geht, lese ich mich dazu ein. Außerdem gehört zu einer guten Vorbereitung auch immer die Reflexion

von vergangenen Bildungsveranstaltungen. Dadurch entwickelt man sich stetig weiter. Lebenslanges Lernen ist für uns hier am Institut sehr wichtig. Und deswegen gibt es regelmäßig Fortbildungen. Manchmal interne Fortbildungen von Kolleg:innen, aber auch von extern gebuchten Trainerinnen und Trainern.

Darüber hinaus verteile ich im Wechsel mit einer Arbeitskollegin jede zweite Woche die interne Hauspost. Meistens vergeht die Zeit hier am Institut ziemlich schnell und um 15 Uhr endet mein Arbeitstag.

REAB Nord: Was macht für Sie einen erfolgreichen Arbeitstag aus?

Marco Reschat: Ein guter und erfolgreicher Arbeitstag ist für mich zum einen, wenn ich meine Aufgaben, die ich mir

vorgenommen habe, geschafft habe. Und zum anderen, wenn ich den Eindruck habe, dass meine Botschaft bei den Teilnehmenden angekommen ist. Das merke ich besonders, wenn es einen guten Austausch und viele Nachfragen gibt. Ich gehe mit den Teilnehmenden sehr gerne ins Gespräch, diskutiere und tausche mich gerne mit ihnen aus. Das ist so meins.

REAB Nord: Was hat Sie motiviert, als Bildungsfachkraft tätig zu werden und Ihr Wissen weiterzugeben?

Marco Reschat: Da gibt es eine Menge, was mich motiviert hat. Ich bin ein sehr kontaktfreudiger Mensch und komme gerne mit verschiedenen Menschen ins Gespräch. Dadurch erfahre ich viel über die verschiedenen Lebenswelten von Menschen. Also durch den Aus-

Das Institut für Inklusive Bildung an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel: Wenn Menschen mit Behinderung zu Lehrenden werden

Das Institut für Inklusive Bildung in Kiel hat sich von einem Modellprojekt zu einem bundesweiten Erfolgskonzept entwickelt. Seit Dezember 2021 ist es als zentrale Einrichtung an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU) fest verankert.

Das Besondere: Hier werden Menschen mit Behinderungen in einer dreijährigen Qualifizierung zu Bildungsfachkräften ausgebildet. Sie bringen anschließend ihre eigene Perspektive

und Expertise in die Hochschullehre ein – insbesondere in den Lehramtsstudiengängen, sozialen Studiengängen oder Polizei. Außerhalb der Universität schulen die Bildungsfachkräfte Lehr-, Fach- und Führungskräfte aus unterschiedlichen Bereichen und nehmen an Tagungen und Kongressen teil. Der Ansatz folgt dem Leitsatz „Nicht ohne uns über uns“ und fördert einen Perspektivwechsel. Die erfolgreiche Qualifizierung bedeutet für die Bildungsfachkräfte, die zuvor in einer Werkstatt für Men-

schen mit Behinderungen tätig waren, gleichzeitig den Einstieg in den ersten Arbeitsmarkt, was die Teilhabechancen deutlich verbessert.

Das anfänglich von der Aktion Mensch und der Stiftung Drachensee unterstützte Projekt wird inzwischen vom Land Schleswig-Holstein dauerhaft gefördert. Über Kiel hinaus wird das Konzept mittlerweile an sechs Hochschulstandorten in Deutschland umgesetzt.



Marco Reschat bei einer Veranstaltung an der CAU Kiel. Als Bildungsfachkraft gestaltet er inklusive Angebote und fördert den Austausch auf Augenhöhe.

tausch. Und mein Anliegen ist es, das Wissen, mein Wissen zu nutzen und die Menschen ohne Behinderung für die Lebenswelt von Menschen mit Behinderung zu sensibilisieren. Denn dadurch kann ich dazu einladen, die eigene Perspektive zu erweitern. Ich denke, dass dieser Punkt sehr wichtig ist, denn man kann nur etwas verändern, was man auch sieht und, ja, auch versteht.

Außerdem macht es mir große Freude, als Bildungsfachkraft zu arbeiten, weil die Arbeit aufgrund der Menschen, der Themen und Orte sehr abwechslungsreich ist, es wird nie langweilig. Und das ist genau das, was mir Spaß macht, diese Vielfaltigkeit.

REAB Nord: Frau Kobs, die Qualifizierung von Bildungsfachkräften ist in Kiel als Modellprojekt gestartet: Können Sie uns sagen, wie die Idee entstanden ist und wie viele Bildungsfachkräfte inzwischen bundesweit tätig sind?

Gesa Kobs: Sehr gerne. Die Idee ist entstanden aus dem Leitsatz: Nicht ohne uns über uns. Warum wird in der Lehrkräftebildung über Menschen mit Behinderung gesprochen, aber nicht mit ihnen?

Drei Sozialpädagoginnen der Stiftung Drachensee haben ein Vorgängerprojekt initiiert, bei dem sie Menschen aus der Werkstatt zu Hochschulveranstaltungen

mitnahmen. Damit die Studierenden schon früh Begegnungen haben und eine Perspektive kennenlernen, die sonst im theoriegeleiteten Hochschulalltag fehlt.

Dann wurde das Ganze professionalisiert und das Institut für inklusive Bildung von Jan Wiedemann gegründet. Die dreijährige Qualifizierung zur Bildungsfachkraft wurde von meiner Kollegin Sara Groß entwickelt. In der Qualifizierung werden theoretische Inhalte vermittelt, die zur eigenen Verortung in unserer Gesellschaft beitragen und Selbstreflexion stärken. Darüber hinaus werden von Beginn an Seminare mit Studierenden geplant und durchgeführt und Methoden dazu erlernt.

“Man kann nur etwas verändern, was man auch sieht und versteht.”

Marco Reschat

Die Qualifizierung ist personenzentriert aufgebaut und auf die Stärken der Teilnehmenden ausgerichtet. Sie ist wie ein dualer Studiengang aufgebaut - mit Theorie, die gleich in der Praxis angewendet wird. Inzwischen wurde die Qualifizierung zur Bildungsfachkraft bereits bundesweit an mehreren Standorten erfolgreich durchgeführt. Inzwischen sind wir eine zentrale Einrichtung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel –

ein echter Systemdurchbruch: Wir haben es geschafft, eine soziale Innovation zu verstetigen. Deutschlandweit haben wir aktuell rund 47 Menschen, die entweder gerade qualifiziert werden oder die Qualifizierung abgeschlossen haben und an einer Hochschule auf dem ersten Allgemeinen Arbeitsmarkt arbeiten. Die Wechselquote aus der Werkstatt auf den ersten Arbeitsmarkt ist normalerweise unter einem Prozent. Bei uns ist sie deutlich höher, was uns unglaublich stolz macht. „Inklusion gemeinsam selbstbewusst vorleben“ ist übrigens unser Jahresmotto – und wir prüfen regelmäßig, ob unsere Arbeit darauf einzahlt.

REAB Nord: Herr Reschat, was für Momente gab es in Ihrer Bildungsbiografie, die Sie besonders geprägt haben?

Marco Reschat: Ich habe in meiner Bildungsbiografie sehr viele Stationen durchlaufen. Angefangen bei der Kita, dann die Regelgrund- und Hauptschule, und schlussendlich die Qualifizierung zur Bildungsfachkraft.

Von allen diesen Stationen hat mich tatsächlich die Qualifizierung zur Bildungsfachkraft besonders geprägt, denn hier habe ich die Freude am Lernen entdeckt: Das hätte ich mir viel früher auf meinem Bildungsweg gewünscht.

Das Lernen hat so viel Freude bereitet, weil der Unterricht oder die Qualifizie-

rung abwechslungsreich gestaltet war: Was ich in der Theorie gelernt habe, durfte ich schon während der Qualifizierung auch in der Praxis üben und umsetzen. Außerdem wurde das Lernen an die Bedürfnisse, aber auch an die Stärken von uns angepasst.

REAB Nord: Wie gelingt es Ihnen, in Ihren Veranstaltungen Studierende für die Lebensrealitäten von Menschen mit Behinderung zu sensibilisieren und Berührungspunkte abzubauen?

Marco Reschat: Dass Berührungspunkte bei den Studierenden da sind, ist selbstverständlich. Ich gehe in das Seminar und berichte über meine Behinderungserfahrung zu verschiedenen Themen. Um den Studierenden somit einen echten Einblick nicht nur in meine, sondern auch in die Lebenswelten von Menschen mit Behinderung allgemein zu geben. Diese Vermittlung gestalte ich humorvoll: Das hilft auch meistens den Studierenden dabei, Berührungspunkte abzubauen. Und so entsteht auch ein ehrliches Gespräch und ein offener Austausch.

REAB Nord: Was machen Sie lieber: digitale Veranstaltungen oder Präsenzveranstaltungen?

Marco Reschat: Tatsächlich lieber Präsenzveranstaltungen. Als 2019, 2020 Corona anfang: Alle ins Homeoffice – ja, das war eine Umgewöhnung. Ich habe mich dann doch tatsächlich irgendwann daran gewöhnt. Und irgendwann hieß es dann doch wieder, dass es so langsam wieder zurück in Präsenz geht. Auch daran musste ich mich wieder gewöhnen.

Und ich mag tatsächlich Präsenz lieber aus dem Grunde, weil die Kommunikation mit den Teilnehmenden oder in dem Fall mit den Studierenden, eine ganz andere ist als digital. Denn wenn es digital ist, sind die Kacheln aus, ich weiß nicht, ist die Person hinter der Kachel anwesend, hat sie nur ausgeschaltet, weil technische Probleme da sind, oder macht sie andere Arbeiten? Ich sehe nicht, was mein Gegenüber macht. Und die Kommunikation ist auch eine ganz andere als in Präsenz.

REAB Nord: Frau Kobs, Sie arbeiten als Institut ja in verschiedenen Bildungskontexten. Wo sehen Sie die größten Unterschiede in der Sensibilisierung für Inklusion?

Gesa Kobs: Das kann man schwer pauschal sagen. Wir sind vor allem an den Hochschulen des Landes Schleswig-Holstein in unterschiedlichen Fachbereichen unterwegs.

Für Studierende der Sozialen Arbeit oder des Lehramts ist der Zugang oft naheliegender. In anderen Fachbereichen wie Verwaltung, Rentenversicherung oder Polizei erleben wir dagegen häufiger echte Aha-Momente.

Besonders wirksam sind die authentischen Erfahrungsberichte. Zum Beispiel, wenn in der Lehrkräfteausbildung jede Person aus unserem Team erzählt, was sie sich von Lehrer:innen in ihrer Schulzeit gewünscht hätte – das hinterlässt Eindruck und regt zum Nachden-

ken an. Marco Reschat gibt angehenden Lehrer:innen beispielsweise den Rat ...

Marco Reschat: ... bevor man handelt: Fragen! Also einfach die Schüler:innen zu fragen: Was sind Deine Wünsche? Was traust Du Dir zu? Möchtest Du es erstmal selbst probieren, bevor ich das für Dich mache, weil ich denke, ich helfe mal schnell?

REAB Nord: Welche Barrieren im Bildungssystem bleiben häufig unsichtbar für Menschen ohne Behinderungserfahrung?

Marco Reschat: Viele Menschen denken bei Barrieren vor allem erstmal an fehlende Rampen oder defekte Aufzüge. Aber auch der Weg zur Bildungseinrichtung kann bei der Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln ein Hindernis darstellen. Und gerade auch für Menschen mit Lernschwierigkeiten gibt es einige unsichtbare Barrieren: Zum Beispiel schwere Sprache, der Zeit-

Bildungsfachkräfte in Deutschland



Mehr erfahren

Weiterführende Informationen sowie Ansprechpartner finden Sie auf der Homepage des IIB. Das Team steht Ihnen dort auch gerne für Anfragen zur Verfügung.

<https://www.uni-kiel.de/de/institute/iib>

druck, ungeduldige Lehrkräfte und ein Blick, der sich primär auf die Schwächen und weniger auf die Stärken richtet.

REAB Nord: Haben Sie positive Veränderungen in den letzten Jahren wahrgenommen?

Gesa Kobs: Im zweiten Landesaktionsplan des Landes Schleswig-Holstein sind großartige Maßnahmen für den Bildungsbereich enthalten.

Ich habe das Gefühl, dass in der Lehrer:innen-Ausbildung Inklusion immer mehr im Fokus steht. Hier haben wir einen großen Hebel, weil wir mit sechs Bildungsfachkräften bis zu 4.000 Studierende im Jahr direkt erreichen – die dann ja dieses Wissen, diese Haltung und die Erfahrung, in den Austausch mit Menschen mit Behinderung zu gehen, in ihr Berufsleben mittragen.

Was ich toll finde: Wir werden jetzt oft schon bei der Planung von Veranstaltungen gefragt, ob wir mitwirken können, um bestmögliche Teilhabe zu gewährleisten. Früher bekamen wir oft fertige Konzepte: „Können Sie schnell prüfen, ob das barrierefrei ist?“ Jetzt dürfen wir von der ersten Idee bis zum Ende mitgestalten – bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, bei Kommunen oder bei der Jugendkonferenz der Stadt Kiel. Das ist ein großer Fortschritt. Und nachträglich alles umzubauen ist viel teurer.

REAB Nord: Was sollten Bildungsmanager:innen und Menschen in der Verwaltung über die Lebensrealität von Menschen mit Behinderung wissen?

Marco Reschat: Bildungsmanagerinnen und -manager sollen verstehen, dass Menschen mit Behinderung sehr vielfältig sind. Es gibt nicht nur „den einen“ Menschen mit Behinderung. Die Bedarfe sind sehr unterschiedlich. Und es ist wichtig, dass Menschen mit Behinderung an allen Stellen beteiligt werden, um eben diese Bedarfe auch mitteilen zu können. Denn viel zu häufig wird noch über Menschen mit Behinderung statt mit ihnen gesprochen.

REAB Nord: Wie können Kommunen Ihre Expertise systematisch in die Bildungsplanung einbeziehen?

Gesa Kobs: Ganz grundsätzlich: Inklusion ist ein Menschenrecht, nicht ein „nice to have“. Es geht um Haltung. Und natürlich wieder um den Leitsatz: Nicht ohne uns über uns – also eine ernst gemeinte Partizipation.

„Wer in Bildung investiert, sollte auch in Teilhabe investieren.“

Gesa Kobs

Kommunen können Beiräte oder Fachgruppen mit Beteiligung von Menschen mit Behinderungen einrichten. Wenn eine Kommune eine (Bildungs-)Veranstaltung plant, ist es wichtig, Menschen mit Behinderung von Anfang an einzubeziehen, sie zu treffen und zu fragen, was verändert werden kann. Ideal wäre ein Teilhabecoach in Kommunen und Verwaltungen, der diese Expertise mitbringt. Natürlich bindet echte Partizipation Ressourcen. Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe: Wer Zugang zu Bildung hat, kann sich informieren, eigene Interessen vertreten und mitgestalten – also teilhaben.

REAB Nord: Was ist Ihr wichtigster Rat für Kommunen, die Bildung inklusiver gestalten möchten?

Marco Reschat: Die Frage ist leicht zu beantworten, denn wir haben diesen Satz heute schon mehrfach gehört. Und zwar ist das unser Leitsatz: Nicht ohne uns über uns.

REAB Nord: Gibt es etwas, was Sie dem bisher Gesagten noch hinzufügen möchten?

Gesa Kobs: Die Arbeit der Bildungsfachkräfte und des Instituts für inklusive Bildung realisiert drei Artikel der UN-Behindertenrechtskonvention: Artikel 8 (Bewusstseinsbildung), Artikel 24 (Recht auf Bildung) und Artikel 27 (Recht auf Arbeit).

Alle unsere Mitarbeitenden sind sozialversicherungspflichtig auf dem ersten Arbeitsmarkt angestellt. Das ist ein wichtiger Dreiklang, den wir auch bei der bundesweiten Skalierung der Qualifizierung zur Bildungsfachkraft nach vorne stellen: personenzentrierte Qualifizierung, Bildungsleistungen in der Lehre und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Für Kommunen ist die Botschaft: Wer in Bildung investiert, sollte auch in Teilhabe investieren. Nur so entstehen Bildungslandschaften, die wirklich alle Menschen erreichen. Kommunen, die hier mutig vorangehen, setzen ein starkes Zeichen für Inklusion, Demokratie und Zukunftsfähigkeit.

Inklusion in Kommunen

Mit den Programmen „Kommune Inklusiv“ und „Inklusion vor Ort“ soll die Gesellschaft vor Ort inklusiver gestaltet werden.



<https://www.aktion-mensch.de/kommune-inklusiv>

Praxishandbuch Inklusion

Gute Beispiele und Arbeitsmaterial:



<https://www.aktion-mensch.de/kommune-inklusiv/praxis-handbuch-inklusion>

ZIVILGESELLSCHAFT ALS BILDUNGS- AKTEUR IN KOMMUNALEN BILDUNGSLANDSCHAFTEN

Zivilgesellschaftliche Akteure sind ein zentraler Bestandteil der kommunalen Bildungslandschaft. Sie bringen vielfältige Kompetenzen und Perspektiven ein und gestalten Bildungsprozesse vor Ort engagiert mit. In vielen Kommunen entwickeln sich bereits vielversprechende Ansätze für eine Partnerschaft auf Augenhöhe und eine geteilte Bildungsverantwortung – doch um diese weiter zu festigen, braucht es mehr Zusammenarbeit in gleichberechtigter Partnerschaft und gegenseitige Anerkennung.

„Zivilgesellschaft“ – wer oder was ist damit gemeint?

Wenn von zivilgesellschaftlichen Akteuren in kommunalen Bildungslandschaften die Rede ist, stellt sich zunächst die Frage: Wer ist damit eigentlich gemeint? Der Begriff ist vielschichtig und abstrakt und wird je nach Kontext ganz unterschiedlich verstanden und mit Leben

gefüllt. Ganz allgemein sind Organisationen, Initiativen und engagierte Einzelpersonen gemeint, die freiwillig und ohne Gewinnabsicht zum Gemeinwohl beitragen – also keine staatlichen Einrichtungen oder gewinnorientierte Unternehmen. Klassisch und aus Perspektive der kommunalen Verwaltung werden dabei oft die Träger der freien Wohlfahrt (Wohlfahrtsverbände) in den Blick genommen. Doch gehören zur Zivilgesellschaftslandschaft viele weitere Akteure und Organisationsformen: Neben eingetragenen Vereinen gehören dazu Stiftungen, gemeinnützige Kapitalgesellschaften (gGmbH), aber auch informelle Initiativen und Netzwerke ohne Rechtsform sowie soziale Bewegungen. Es handelt sich demnach um eine ausgesprochen heterogene Gruppe, deren Akteure unter unterschiedlichen Voraussetzungen selbstständig vielfältige Beiträge in kommunale Bildungslandschaften einbringen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen und freiwillig Engagierte als Bildungsakteure – warum sie wichtig sind

Wer macht eigentlich Bildungsangebote? Wie sehen diese aus? Und unter welchen Bedingungen werden sie erbracht? Diesen Fragen wurden im transdisziplinären Forschungsprojekt „Zivilgesellschaft und Bildung. Bürgerschaftliches Engagement in kommunalen Bildungslandschaften“ erforscht.

Die Ergebnisse zeigen deutlich: Viele zivilgesellschaftliche Organisationen und freiwillig Engagierte wirken als Bildungsakteure – unabhängig davon, ob sie sich im Sport, der Wohlfahrt oder im Bevölkerungsschutz engagieren. 61 % der freiwillig Engagierten in Deutschland – das entspricht 19 Millionen Einzelpersonen oder 28 % der erwachsenen Bevölkerung – sind Bildungsengagierte. Sie vermitteln durch ihr Engagement Wissen, bieten Beratung und Coaching an

Zivilgesellschaft und Bildung

Das Projekt „Zivilgesellschaft und Bildung. Bürgerschaftliches Engagement in kommunalen Bildungslandschaften“ untersuchte von Januar 2023 bis März 2025 auf Grundlage empirischer Daten die Rolle und Bedeutung zivilgesellschaftlicher Akteure im Bildungsbereich. Ziel war es, Engagement der Zivilgesellschaft für Bildung sichtbar zu machen und Bedingungen für eine stärkere und nachhaltige Einbindung in kommunale Bildungsprozesse herauszuarbeiten.

Es handelt sich um ein gemeinsames Vorhaben von Stiftungen für Bildung e.V. mit dem Netzwerk Stiftungen und Bildung, dem Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung sowie der Freien Universität Berlin. Die Projektleitung lag bei Sabine Süß und Prof. Dr. Swen Hutter. Zum Forschungsteam gehörten Jana Priemer, Charlotte Rößler-Prokhorenko und Dr. Sara Sohrabi. Gefördert wurde das Projekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.



Weitere Informationen



<https://www.netzwerk-stiftungen-bildung.de/zivilgesellschaft-und-bildung>

und organisieren Informations- sowie Lernangebote. Auch 53 % aller Vereine machen Bildungsangebote und sind damit als Bildungsorganisationen zu verstehen. Bildungsengagierte und Bildungsorganisationen der Zivilgesellschaft halten ein sehr vielfältiges Bildungsangebot für verschiedene Zielgruppen bereit. Hort- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, mitunter auch an Ganztagschulen, gehören ebenso zum Portfolio wie spezifische Angebote für Menschen mit Migrationshintergrund und andere benachteiligte Personengruppen sowie auch Weiterbildungsangebote für Erwachsene.

Zu wenig sichtbar, zu wenig gefragt – ein ungenutztes Potenzial

Trotz ihrer großen Bedeutung als Bildungsakteur taucht die Zivilgesellschaft in offiziellen Berichten kaum auf, weder im Freiwilligensurvey noch im Nationalen Bildungsbericht, was sicher eine Erklärung dafür sein dürfte, dass Zivilgesellschaft in der Öffentlichkeit bislang nur wenig als Bildungsakteur sichtbar wird und auch nicht immer in lokalen Bildungsnetzwerken berücksichtigt wird. Zwar sind zivilgesellschaftliche Bildungsakteure gut vernetzt, doch meist eher untereinander.

Dabei sind zivilgesellschaftliche Bildungsorganisationen besonders offen für Kooperationen – und oft sind genau diese Partnerschaften der Schlüssel für ihre Arbeit. Denn gemeinsam lässt sich mehr bewirken: Ehrenamtliche Mentor*ing-Gruppen etwa arbeiten mit Schulen zusammen, die genau wissen, welche Kinder und Jugendlichen von zusätzlicher Unterstützung profitieren würden – sei es durch eine Lesepatenschaft oder Hilfe bei den Hausaufgaben. Die Praxis zeigt jedoch, dass zivilgesellschaftliche Akteure und Schulen nicht immer gut zueinanderfinden und dass die Initiative für solche Kooperationen noch zu selten von den Schulen ausgeht.

Auch bei der Gestaltung lokaler Bildungslandschaften spielt die Zivilgesellschaft bislang nur eine Nebenrolle. Ob Bildungskonferenzen, Bildungsbeiräte

oder Steuerungsgruppen – die wenigsten zivilgesellschaftlichen Organisationen sind in diesen Gremien vertreten. Wenn überhaupt, dann finden meist große, gut ausgestattete Verbände Gehör – etwa Wohlfahrtsverbände oder die Landes- und Kreissportbünde. Ihre Beiträge sind zweifellos unentbehrlich. Doch sie spiegeln nicht die ganze Vielfalt der zivilgesellschaftlichen Bildungsakteure wider. Vor allem kleine, rein ehrenamtlich organisierte Organisationen und Initiativen bleiben häufig außen vor – und damit auch ihre Perspektiven und Potenziale.

Bildung dank Ehrenamt – mit Risiken und Nebenwirkungen

Wer das Potenzial der Zivilgesellschaft für die Bildung wirklich nutzen will, muss ihre Vielfalt anerkennen. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind nicht nur inhaltlich, sondern auch strukturell sehr unterschiedlich aufgestellt – nicht alle verfügen über die gleichen Ressourcen. Eine besondere Bedeutung kommt dabei dem freiwilligen Engagement zu: Die meisten Bildungsorganisationen der Zivilgesellschaft wären ohne engagierte Bürgerinnen und Bürger kaum handlungsfähig. In fast allen Organisationen sind freiwillig Engagierte aktiv. Nur 44 % der Bildungsorganisationen können zusätzlich auf bezahltes Personal zurückgreifen. Mit anderen Worten: ein Großteil der zivilgesellschaftlichen Bildungsangebote wird von freiwillig Engagierten, wie Ehrenamtlichen getragen.

Gerade in Zeiten knapper Kassen wirkt dieses Engagement auf viele Kommunen wie ein willkommener Ausgleich für begrenzte finanzielle Spielräume. Doch sind zivilgesellschaftliche Bildungsbeiträge nicht nur Kompensation für staatliche bzw. kommunale Defizite. Zivilgesellschaft handelt eigenständig, sozialräumlich und bedarfsorientiert – aber nicht „auf Bestellung“. Dabei darf auch nicht übersehen werden, dass freiwilliges Engagement nur gedeiht, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. Vor allem der steigende Verwaltungsaufwand – Stichwort Bürokratie – belastet viele Engagierte zusätzlich. Dabei ist

das bildungsbezogene Engagement ohnehin schon zeitintensiv und fordert den Einsatzwilligen einiges ab. Das führt zu einem paradoxen Befund: Einerseits engagieren sich immer mehr Menschen im Bildungsbereich. Andererseits melden über ein Drittel der Bildungsorganisationen, dass sie kaum genügend Engagierte findet, um alle Aufgaben zu bewältigen.

„Ohne Ehrenamt funktionieren unsere Arbeiten nicht. Das sind die wichtigsten Akteure und das sind halt auch unsere Ehrenamtler hier aus dem Stadtteil.“

Engagierte:r in einem Schulverein in Bremen

Kooperation kostet – auch im Ehrenamt

Kooperation stellt eine zentrale Gelin- gensbedingung für die Bereitstellung zivilgesellschaftlicher Bildungsange- bote dar. Erfolgreiche und nachhaltige Kooperationen sind jedoch vorausset- zungsreich: Sie brauchen Zeit, Personal, Koordination und Knowhow. Besonders für rein freiwilligengetragene Bildungs- organisationen stellen sie damit eine Herausforderung dar – ganz gleich, wie engagiert die Beteiligten sind. Damit Zusammenarbeit langfristig gelingt, sind deshalb verlässliche Unterstützungs- strukturen nötig. Hier könnten die Kom- munen eine zentrale Rolle spielen. Sie können Netzwerkplattformen zur Ver- fügung stellen, potenzielle Koopera- tionspartner zusammenbringen und Organisationen bei der Koordination unterstützen – etwa durch praxisnahe Vorlagen für Kooperationsvereinbarun- gen oder andere organisatorische Hilfe- stellung.

„Gerade wenn wir über verschiedene Bil- dungskontexte sprechen, beobachte ich eher, wenn wir zum Beispiel in der Schule ein Projekt umsetzen wollen, dann haben den allerhöchsten Stellenwert Kooperatio- nen, die wirklich mit einer Kooperations- vereinbarung, die ganz klar definiert sind mit Datenschutzerklärung und allem, auf behördlicher Ebene. Ohne das würde es gar nicht funktionieren. Da brauchen wir dann auch irgendwie die ganzen Anerken- nungen auf allen Ebenen, damit alles for-

mal ist und in das System. Wenn wir als eingetragener Verein was mit einem anderen eingetragenen Verein machen wollen, ist es meistens gar kein Problem. Dann hat man direkt einen gemeinsamen Nenner, man kommt aus einem ähnlichen Kontext, es ist alles niedrigschwelliger.“

Engagierte:r in einem Verein in Hamburg

„Was könnte besser laufen? Jetzt nochmal kurz auf die Ehrenamtskarte zu sprechen zu kommen: Ein Wunsch ist, das Faktum Mobilität mit einzubinden, weil ganz viele Menschen... also wir nehmen mal das Beispiel Schwerin, wo ein Fahrschein 2,50 Euro kostet. Wenn man nicht so einen dicken Geldbeutel hat und ein paar Kinder und ein paar Fahrten, da ist man ganz fix bei zig Euro und wenn da das Faktum Mobilität in der Ehrenamtskarte enthalten wäre, wäre das auf jeden Fall ein Knoten, der gelöst werden könnte und viel bewirkt.“

Quartiersmanager:in in Mecklenburg-Vorpommern

Fehlende Anerkennung als Bildungsakteur

Zivilgesellschaftliche Bildungsangebote und ihre Entfaltung in Bildungslandschaften sind jedoch nicht nur reine Ressourcenfrage. Wesentlich sind auch Anerkennung und Wertschätzung der Zivilgesellschaft als Bildungsakteur. Dazu gehört zum einen die Selbstvertretung als Bildungsakteur. Fast jede zweite Bildungsorganisation sieht sich selbst nicht als Bildungsakteur. Zum anderen brauche es eine stärkere Anerkennung durch Dritte, etwa durch Kommunen, Schulen und andere zivilgesellschaftliche Akteure. Nur selten gehen Kooperationen von Seiten Dritter aus. Damit einher (oder dem voraus?) geht die Anerkennung der Bedeutung außerschulischer Bildungsangebote und des lebenslangen Lernens. In der modernen Wissensgesellschaft kann Bildung nicht mehr ausschließlich in der Schule stattfinden, sondern muss entlang individueller Biographien verstanden werden, vielfältige Lernorte und -formate jenseits formaler Strukturen einbeziehen.

„Zu den Höhepunkten im geselligen Leben der Lesepaten gehörte immer eine Feuer-

zangenbowle. Das ist natürlich ein klassischer Titel. Jeder denkt an Heinz Rühmann. Aber der Elternrat der Grundschule hat einmal eingeladen alle und dann haben sie als Dank da eine Feuerzangenbowle und einen netten geselligen Abend zelebriert. Also das fand ich zum Beispiel auch nochmal nett, wenn nochmal ein Stück Anerkennung kommt!“

Ehrenamtliche Lesepatin in Schleswig-Holstein

Was Kommunen tun können

Um die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in die kommunale Bildungssteuerung wirksam zu gestalten, braucht es mehrere gezielte Maßnahmen: Zunächst bedarf es mehr Wertschätzung und Respekt gegenüber allen Bildungsbeiträgen der Zivilgesellschaft. Zugleich sollte die Sichtbarkeit zivilgesellschaftlicher Akteure gestärkt werden – etwa durch ihre systematische Berücksichtigung in der Bildungsberichterstattung. Darüber hinaus sind zusätzliche Kooperations- und Vernetzungsangebote sowie geeignete Kommunikationsräume notwendig, um den Austausch zwischen Zivilgesellschaft, Verwaltung und weiteren Bildungsakteuren zu fördern. Erforderlich ist auch die Schaffung verlässlicher Koordinierungsstrukturen, die zivilgesellschaftliche Organisationen bei Verwaltungsaufgaben entlasten – beispielsweise bei der Ausgestaltung von Kooperationsverträgen oder Fragen des Versicherungsschutzes. Nicht zuletzt braucht es strukturelle und per-

sonelle Unterstützung, etwa durch die Bereitstellung geeigneter Räume, damit zivilgesellschaftliches Engagement langfristig wirken kann.

Weiterführende Literatur

Hutter, Swen; Süß, Sabine; Priemer, Jana; Rößler-Prokhorenko, Charlotte; Sohrabi, Sara (2024): Zivilgesellschaft und Bildung. Bürgerschaftliches Engagement in kommunalen Bildungslandschaften. Befunde und Botschaften. Berlin. www.zivilgesellschaft-bildung.de/befunde-und-botschaften, 26.03.2025.

Priemer, Jana; Rößler-Prokhorenko, Charlotte; Hutter, Swen (2024): Zivilgesellschaft und Bildung. Bürgerschaftliches Engagement in kommunalen Bildungslandschaften. Datenreport. Berlin. <https://www.netzwerkstiftungen-bildung.de/zivilgesellschaft-und-bildung/datenreport>, 26.03.2025.

Rößler-Prokhorenko, Charlotte; Priemer, Jana; Hutter, Swen (2024): Bildungsentagement in Deutschland: Umfang und Formen des freiwilligen Engagements für Bildung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 37(4), S. 497-510. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2024-2004>, 26.03.2025.

Sohrabi, Sara; Süß, Sabine (2024): Zivilgesellschaftliche Bildungsakteure als Kooperationspartner vor Ort. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 37(4), S. 524-535. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2024-2005>, 26.03.2025.



FACHNETZWERK FÜR KOMMUNALES BILDUNGSMANAGEMENT

Ein Netzwerk regional tätiger Entwicklungsagenturen für kommunales Bildungsmanagement (REAB) und bundesweit thematisch ausgerichteter Fachstellen für kommunales Bildungsmanagement

Das Fachnetzwerk für kommunales Bildungsmanagement bietet umfangreiche Beratungs- und Begleitdienste für Kommunen an, die an der Weiterentwicklung ihrer Bildungslandschaften durch datenbasierte Bildungssteuerung interessiert sind. Dies umfasst sowohl die kreisfreien Städte und Landkreise als auch die kreisangehörigen Kommunen.

Ziele des Fachnetzwerks:

- » Aufbau eines datengestützten Bildungsmanagements (DKBM) für eine gute Bildungssteuerung,
- » (Weiter-)Entwicklung analog-digital vernetzter Bildungslandschaften für transparente, gut zugängliche lebenslange Bildungsangebote,
- » Entwicklung von Leitbildern und kommunalen Gesamtstrategien für Bildung für eine gut abgestimmte Kooperation sowie
- » Bearbeitung von ausgewählten Themenfeldern auf kommunaler Ebene: Integration, Inklusion, Fachkräftesicherung/Bildung im Strukturwandel, BNE, kulturelle Bildung, politische Bildung und Demokratiebildung, digitale Bildung, Ganzttag, Raumentwicklung.

Das Netzwerk verarbeitet bedarfsorientiert Erfahrungen aus der kommunalen Beratungspraxis, den Umsetzungsprozessen in den Kommunen, bildungspolitischen Diskursen und wissenschaftlichen Erkenntnissen. Acht **regionale Entwicklungsagenturen (REAB)** und fünf **themenspezifische Fachstellen** arbeiten eng zusammen mit weiteren Partnern der Transferinitiative für kommunales Bildungsmanagement, um die Bildungschancen und -teilhabe lokal zu verbessern.

Regionale Entwicklungsagenturen

Die Entwicklungsagenturen (REAB) orientieren sich weitgehend an der regionalen Aufteilung der früheren Transferagenturen für kommunales Bildungsmanagement (2014-2024). Ihr Angebot umfasst individuell angepasste Beratung unter Berücksichtigung regionaler Besonderheiten. Hinzu kommen Qualifizierungen, interkommunale Austausch- und Entwicklungsformate und Fachveranstaltungen zu Themen des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements und des Programms „Bildungskommunen“. Ergebnisse und Erkenntnisse werden in einer Vielzahl von Formaten für die Kommunen und die Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht.

Fachstellen

Die Fachstellen bieten den REAB Fachexpertise zu den Schwerpunkten des Förderprogramms „Bildungskommunen“ und zu allgemeinen Themen des Bildungsmanagements. Sie vertiefen kommunale Steuerungs- und Handlungsansätze und Bildungsmonitoring und fördern den Fachdiskurs durch die Integration aktueller wissenschaftlicher Forschung.

Übersicht der Fachstellen:

- » Fachkräftesicherung/Bildung im Strukturwandel (Fachstelle „FaBiS“),
- » Kulturelle Bildung im kommunalen Bildungsmanagement,
- » Bildung für nachhaltige Entwicklung (Fachstelle „FaBiNEK“),
- » Kommunales Bildungsmonitoring (Fachstelle „KOSMO“) sowie
- » Bildung, Entwicklung, Raum, Integration und Demokratie (Fachstelle „FaBERID“).

Plattform LOTTA

Die Plattform LOTTA, ein Wissensmanagementtool für Mitarbeitende und Entscheiderinnen und Entscheider in Kommunen, stellt zusätzlich zentrale Inhalte des datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements bereit und bietet Orientierung auf dem Weg, ein datenbasiertes kommunales Bildungsmanagement aufzubauen und weiterzuentwickeln.

Fachnetzwerk für kommunales Bildungsmanagement

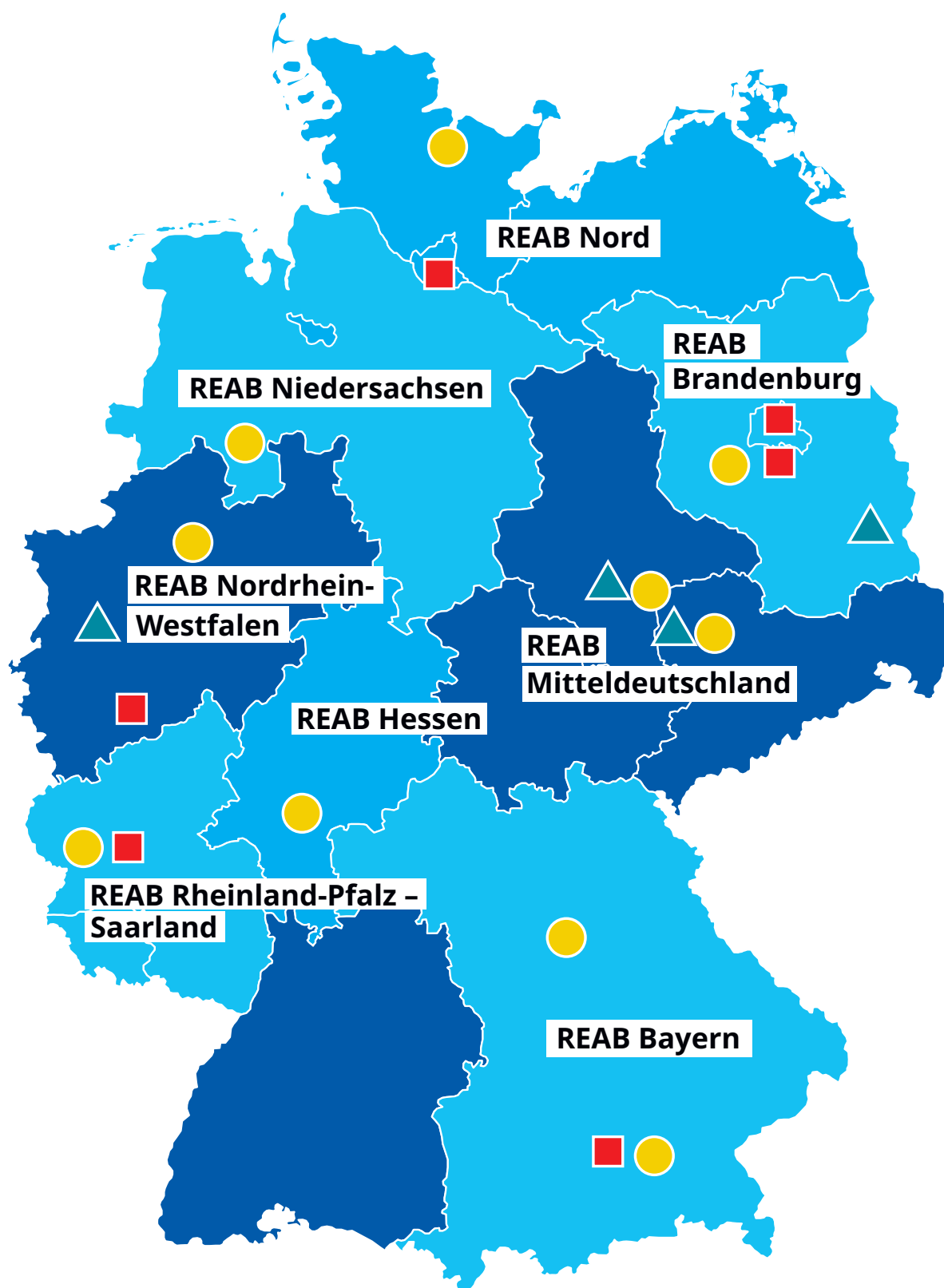


<https://www.transferinitiative.de/754.php>

Plattform LOTTA



<https://lotta-bildung.de/>



LITERATURTIPPS

An dieser Stelle finden Sie eine durchaus subjektive und keinesfalls erschöpfende Sammlung von Literaturtipps aus den Themenfeldern dieser Ausgabe des REup Magazins, die uns im Rahmen der Recherche zu diesem Magazin aufgefallen sind.

Checkliste Kommunale Engagement-politik

BBE - Bundesnetzwerk Bürgerschaft-liches Engagement (Hrsg.)

Berlin 2025

<https://t1p.de/ri120>



Zivilgesellschaft und Bildung. Bürger-schaftliches Engagement in kommunalen Bildungslandschaften: Befunde und Bot-schaften

Swen Hutter, Sabine Süß, Jana Priemer, et al. (Hrsg.)

Berlin 2024

<https://t1p.de/535dn>



Alle hier aufgelisteten Quellen sind **kostenfrei abrufbar**.
Wir wünschen viel Spaß beim Schmökern!

Partizipation

REAB Rheinland-Pfalz-Saarland

Magazin stadt land bildung, Ausgabe 5,
Trier 2018

<https://t1p.de/1agw8>



Zivilgesellschaft in kommunalen Bildungslandschaften

Jana Priemer

Aufzeichnung im Rahmen der Webinar-Reihe im Projekt „PlusPunkt KuBi“ (2022-2023) der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ):

<https://t1p.de/rishb>



Über uns

Die Regionale Entwicklungsagentur für kommunales Bildungsmanagement Nord (REAB Nord) berät und begleitet Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein sowie die Städte Hamburg und Bremen/Bremerhaven, die ihre Bildungslandschaft durch datenbasierte Steuerung weiterentwickeln und dabei Antworten auf drängende Herausforderungen im Bildungsbereich finden möchten.

Sie ist Teil des „Fachnetzwerks für kommunales Bildungsmanagement“.

Mit dem Erfahrungswissen aus dem Bundesprogramm „Lernen vor Ort“ und anderen relevanten Programmen sowie mit Impulsen aus der Wissenschaft und der kommunalen Praxis im Gepäck setzt die REAB Nord genau dort an, wo Kommunen stehen.

www.reab-nord.de

Dieses Vorhaben wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Bildung, Familie, Senioren,
Frauen und Jugend



Transferinitiative
Kommunales
Bildungsmanagement

Gemeinsam für bessere Bildung?! Zivilgesellschaftliche Akteure in kommunalen Bildungslandschaften

Christine Steiner, Alexander Kanamüller,
Ronald Langner, Tabea Schlimbach
(Hrsg.)

Weinheim, Basel 2024:

<https://t1p.de/9sygz>



Demokratiebildung und Partizipation im kommunalen Bildungsmanagement

Dr. Steve Kenner:

Impulsvortrag im Rahmen des Großstadtnetzwerks „Mehr kommunale Demokratie (-bildung) wagen!“ der Transferagentur für Großstädte

<https://t1p.de/2dzcn>



„Mich fragt (ja k)einer“: Demokratie braucht partizipative Bildungsprozesse in der Kommune

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung
(Hrsg.)

bewegt - Magazin für kommunale Bildungslandschaften, Ausgabe 2 | 2017

Berlin 2017

<https://t1p.de/vvet1>



Impressum

Texte

Die jeweiligen Autorinnen und Autoren dieses Magazins sind eingangs jedes Beitrags benannt.

Redaktion

Thies Schulz-Holland, Dr. Beke Sinjen, Mareike Ebach,
Carlotta Weyhenmeyer, Maybrit Windmann, Hanife Özbek,
Maja Hornberger

Gestaltung

media4motion Werbeagentur GmbH
Thies Schulz-Holland

Herausgeberin

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH
Tempelhofer Ufer 11
10963 Berlin

Bildnachweis

©iStock: akinbostanci (Titel), akindo (S. 17, S. 21, S. 31, S. 35),
taranchic (S. 6),

©FAUST-photowork/Thomas Faust (S. 2)

©Volker Sponholz (S. 5)

©Robin Hotz (S. 7)

©Valentin Schmidt (S. 10)

©Chiara Jeschke (S. 11)

©Doro Petersen (S. 12)

©Sklation (S. 13)

©Charlize Pinder (S. 15)

©Sylvia Fischer (S. 16 oben, unten)

©Stabsbereich Kultur Kreis Storman (S. 16 Mitte)

©LGE Mecklenburg-Vorpommern GmbH (S. 18, S. 19, S. 20)

©Anna Penkner (S. 22)

©Landkreis Ludwigslust-Parchim (S. 23)

©Sven Sindt (S. 26).

„WAS IST DENN EIN REUP?“

Aus TANORAMA wird REup

Der Name unseres Magazins ist natürlich nicht „REUP“, sondern „REup“ [ˈre:ʌp] und damit einerseits ein Wortspiel zum annähernd klanggleichen Akronym REAB, andererseits aber auch Bekenntnis dazu, dass sich die REAB Nord als Update und programmatisches Upgrade zur bisherigen Arbeit der Transferagentur Nord-Ost versteht.

Darüber hinaus kann das englische Verb „to re-up“ unter anderem auch bedeuten, ein bestehendes Vertragsverhältnis zu verlängern oder etwas aufzufrischen oder zu erneuern.

Sie merken also: Das passt!

Alle Veranstaltungen der REAB Nord finden Sie unter www.reab-nord.de/veranstaltungen